

107612,

Das
österreichische Zollwesen

Ein Umriss

VON

Dr. Rudolf Roschnik

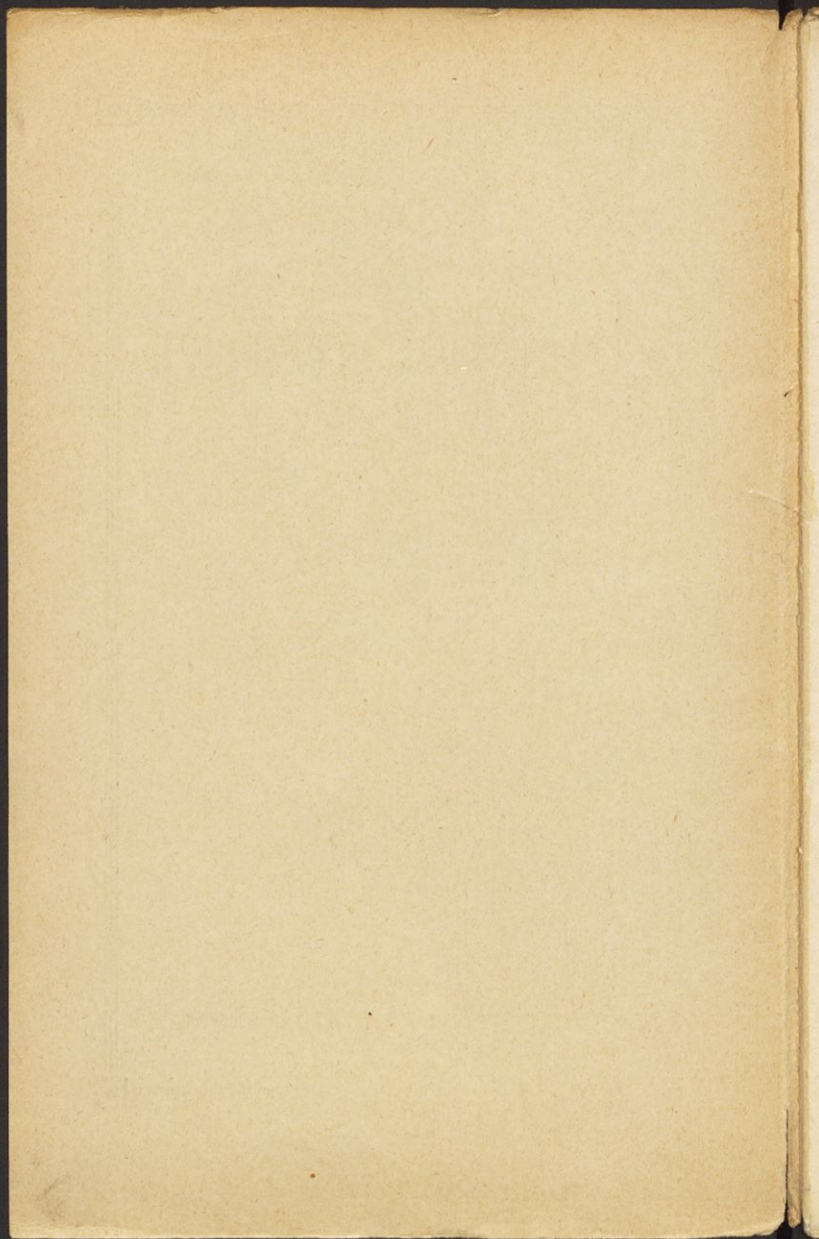
k. k. Finanzsekretär in Laibach.



Wien, 1905.

Wanzsche k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung.

I., Kohlmarkt 20.



20
T. lieben Freunde
Prof. Belar in Wien
vom Verfasser.

Das

österreichische Zollwesen.

Ein Umriss

von

Dr. Rudolf Roschitz

k. k. Finanzsekretär in Laibach.



Wien, 1905.

Manzsche k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung.

I., Rohrnmarkt 20.

107612

Das Recht der Übersetzung in andere Sprachen wird vorbehalten.

107612,



195100826

N 826/1951

Buchdruckerei der Manzischen k. u. k. Hof-Berlags- und Universitäts-
Buchhandlung in Wien.

Inhaltsverzeichnis.



	Seite
Einleitung	5
1. Gesetzliche Grundlagen	9
2. Aufgaben des Zollwesens	13
3. Anweisungs- und Vormerkverfahren, Zollniederlagen . . .	17
4. Zollamtliche Überwachung	31
5. Einfuhrverzollung	34
6. Ausfuhr und Durchfuhr	41
7. Zollbefreiungen und Begünstigungen	46
8. Zuständigkeit	50



Einleitung.

Zu den verworrensten Gebieten der österreichischen Finanzgesetzgebung gehört das Zollwesen. Die nicht gerade zahlreichen Werke, welche darüber bestehen, sind zumeist bloße Sammlungen und Aneinanderreihungen von Vorschriften. Es fehlt überall an Übersicht, an Einblick in den Vorgang, wie sich der ganze Zollverkehr abwickelt, wie Ämter und Verkehrsmittel hierbei ineinandergreifen.

Wie in so vielen Gebieten unseres Finanzwesens sind die grundlegenden Gesetze und Vorschriften größtenteils sehr alt. Die hinsichtlich der Grundbegriffe, der allgemeinen Grundsätze und des Verfahrens noch maßgebende „Zoll- und Staatsmonopolsordnung“ (im folgenden als Z. D. bezogen) stammt aus dem Jahre 1835 und der ebenfalls grundlegende „Amtsunterricht für die ausübenden Ämter über die Vollziehung der Zoll- und Staatsmonopolsordnung und die Dienstverhältnisse dieser Ämter“ (A. U.) aus dem Jahre 1853. Beide reichen also noch in die Zeit der alten Post- und Frachtwagen und der alten Flußschiffahrt zurück und sind gar sehr von den alten Grundsätzen der Formwichtigkeit beherrscht. Beide berücksichtigen noch gar nicht die Eisenbahnen, die doch heute den Großteil des Warenverkehrs bewältigen und ganz andere Anforderungen an die Technik der Verzollung stellen, als die alten Pferdewagen.

Wie in so vielen anderen Gebieten ist man auch im Zollwesen mit der Anpassung der alten Vorschriften durch Nachtragsverordnungen und Erlässe ausgekommen. Die Praxis hat schließlich oft selbst geholfen und die Gesetzgebung nach sich gezogen, und die Einführung eines Zollbeirates als einer Art obersten Zollrates hat wenigstens eine befriedigende Erledigung von Streitfällen ermöglicht. So wirkt denn die alte Gliederung und Gestaltung des Zollwesens aus dem Jahre 1835 ohne viel Aufhebens noch fort. Allerdings nicht ohne tägliche Klagen über Plackereien und Übergriffe. Der sie erhebt, hat allerdings meist keine Ahnung von den Schwierigkeiten der im Zollwesen zu lösenden Aufgaben.

Die Ursache dieser Schwierigkeiten liegt zum großen Teil in den bestehenden Zollvorschriften selbst. Die Veraltung der grundlegenden Gesetze, die wiederholte, in verschiedenen Formen erfolgte und oft nur belanglose Kleinigkeiten betreffende Änderung derselben, sowie der Mangel einer amtlichen Gesamtausgabe bedingt eine gewisse Unklarheit und Unsicherheit, die durch das Fehlen einheitlicher Grundsätze und durch starren Formalismus noch vermehrt wird. Die in der alten Zollordnung verkörpert Grundsätze einer gewissen Unfreundlichkeit und Abwehr (Unzulässigkeit der Berichtigung abgegebener Zollerklärungen, Weigerung der Verzollung und Rückweisung ins Ausland wegen Mängeln der Erklärung u. dgl.) wurden zwar allmählich gemildert, aber doch nur so, daß der starre Formalismus dadurch nicht zerstört, sondern nur verflaujult ist. Als Beispiel diene die noch bestehende Beschränkung in der Gestattung mündlicher Zollerklärungen oder der Verzollung nach dem Beschauergebnis (also ohne Erklärung), die Unzulässigkeit der protokollarischen Aufnahme von Zollerklärungen, obwohl den Parteien Behelfe zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Zur Rechtfertigung meiner kleinen Arbeit möchte ich, abgesehen von der Beachtung, welche das Zollwesen gegenwärtig durch die anhängigen Verhandlungen mit den Nachbarstaaten über neue Zoll- und Handelsverträge erheischt, auf die geringe Kenntniss dieses Finanzgebietes außerhalb der nächstbetheiligten Fachkreise verweisen. Es soll lediglich eine Übersicht des gesamten Zollwesens in ganz großen Zügen, von praktischen Gesichtspunkten aus sein, mit dem Versuche, insbesondere die Abwicklung des Zollverkehrs (das Zollverfahren) auch Fachunkundigen verständlich zu machen.

1. Gesetzliche Grundlagen.

Die Regelung des Zollwesens, die Art und Höhe der Zölle ist von großartiger volkswirtschaftlicher Bedeutung. Es ist heute ganz ausgeschlossen, daß das Zollwesen lediglich vom Standpunkte einer Staatseinnahme behandelt würde. Die Zollgesetze eines Staates können durch Ausfuhrzölle die eigenen heimischen Erzeugnisse zurückhalten, durch Einfuhrzölle ausländische Waren abwehren wollen (Prohibitiv- oder Sperrzölle), oder zum umgekehrten Zwecke die Zollfreiheit in der Einfuhr und Ausfuhr einräumen (Freihandel). Hierbei muß in der eigenen Bevölkerung gewöhnlich den Vorteil des Einen der Andere bezahlen, weil der Standpunkt des Erzeugers und des Abnehmers, des Verkäufers und des Käufers, des Bauern und des Großunternehmers ein verschiedener ist. Niedrige Einfuhrzölle auf Getreide (um nur ein Beispiel zu geben) drücken die Getreidepreise herab und schädigen den Landwirt, während sie den Fabrikarbeiter fördern. Von Ausfuhrzöllen ist man im allgemeinen stark abgekommen und hat im Gegenteil vielfach Ausfuhrbelohnungen (Prämien) zur Förderung bestimmter Industriezweige eingeführt. Durchfuhrzölle bestehen nur mehr selten, in Oesterreich gar nicht, der neuzeitliche Verkehr hat sie abgestoßen.

In der Zollwirtschaft kommt also gegenwärtig nur der Einfuhrzoll als wesentlich in Betracht (Schutzollsystem). Dem wirtschaftlichen Standpunkte, der damit zu Gunsten des eigenen Landes vertreten werden soll, steht jedoch zum meist ein gegenteiliger Standpunkt des Auslandes gegenüber, welches in der Lage ist, für jeden Druck Vergeltung zu üben.

So ist das Zollwesen natürlicher Weise Gegenstand besonderer Bündnisse und Verträge geworden, in welchen jeder Vertragsteil möglichst große Vorteile zu erreichen und möglichst wenig zuzugestehen sucht. Es kommt darauf an, was jeder in die Waagschale zu werfen hat.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie herrscht gegenwärtig ein gemäßigtes Schutzollsystem. Seit 1851 sind beide Reichshälften ein einheitliches Zollgebiet, also ohne Zwischenzolllinie, und das gesamte Zollwesen wird im Vereinbarungswege nach einheitlichen Grundsätzen geregelt (Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn vom 21. Mai 1887, R. G. Bl. Nr. 48, nebst den einschlägigen Gesetzen vom Jahre 1878, 1891, 1892, 1893 und 1897 verlängert laut kaiserlicher Verordnung vom 21. September 1899, R. G. Bl. Nr. 176 bis Ende 1907).

Bosnien und die Herzegowina sind seit 1879 (Gesetz vom 20. Dezember 1879, R. G. Bl. Nr. 136—140) ins österr.-ungar. Zollgebiet aufgenommen.

Die Vorschriften, wonach die Versendung von Branntwein und Zucker, Bier und Mineralöl nach Ungarn oder Bosnien unter amtlicher Aufsicht erfolgen muß (sogenannter Überweisungsverkehr, Finanzministerialerlaß vom 20. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 128 und vom 30. Dezember 1899, R. G. Bl. Nr. 270), desgleichen die im Warenverkehr mit Ungarn vorgeschriebenen statistischen Erklärungen (kais. Bdg. vom 21. September 1899, R. G. Bl. Nr. 176) haben mit dem eigentlichen Zollwesen nichts zu tun.

Der geltende Zolltarif stammt aus dem Jahre 1882 (Gesetz vom 25. Mai 1882, R. G. Bl. Nr. 47, abgeändert mit Gesetz vom 21. Mai 1887, R. G. Bl. Nr. 52 und mit mehreren anderen Gesetzen aus den Jahren 1884, 1888, 1891, 1899). Das Zolltarifgesetz enthält die rechtlichen Grundsätze und Bestimmungen über die Art und Höhe der Zölle; seine Zollsätze (die sogenannten „autonomen“ Zölle) gelten soweit, als nicht auf Grund besonderer Handelsverträge sogenannte Vertragszölle oder andere Begünstigungen Anwendung finden.

Das Zolltarifgesetz stellt den Grundsatz auf, daß in der Einfuhr jede Ware zollpflichtig ist, die nicht ausdrücklich als zollfrei erklärt wird; die Warendurchfuhr ist zollfrei; in der Ausfuhr sind nur mehr Hädern und andere Abfälle zur Papiererzeugung als zollpflichtig erklärt. Weiters handelt das Zolltarifgesetz von Verkehrsverböten und Beschränkungen, von Zollbefreiungen und Begünstigungen, von der Berechnung der Zölle und Nebengebühren und der Gewichtsermittlung (Tara). Dann folgt der allgemeine Zolltarif, übersichtlich nach Warengruppen mit den Zollsätzen für je 100 kg, bezw. für Stück oder Tonne. Die Zollsätze sind lediglich nach der Gattung (also nach äußeren Merkmalen) abgestuft, ohne Rücksicht auf den Wert der Ware. Dadurch wird einerseits die Tarifanwendung erleichtert, andererseits aber eine sehr ungleichmäßige Belastung der Zollgegenstände gleicher Tarifpost bedingt. Zu praktischen Zwecken wird im Zolltarifgesetz auf ein besonderes alphabetisches Warenverzeichnis verwiesen, dessen letzte Hinausgabe mit Finanzministerial-Kundmachung vom 21. Mai 1887, R. G. Bl. Nr. 55, erfolgte (mit zahlreichen Nachträgen und Änderungen).

Die Durchführungsvorschrift zum Zollgesetze (D. B.) vom 25. Mai 1882, R. G. Bl. Nr. 49 (mit Abänderungen und Nachträgen, insbesondere vom 21. Mai 1887, R. G. Bl. Nr. 56—60), regelt, abgesehen von der eigentlichen An-

leitung zur Tarisanwendung auch den Wirkungskreis der Zollbehörden, die Zollerleichterungen, Befreiungen und Begünstigungen und enthält als Anhang die „Tarasätze“ und ein Verzeichnis über die Einfuhr-Verzollungsbefugnisse der Zollämter nach ihrem Range als Hauptzollämter I. u. II. Kl. und Nebenzollämter I. u. II. Kl. (neues Amtsverzeichnis mit Ministerialverordnung vom 22. Dezember 1900, R. G. Bl. Nr. 14/1901, mit zahlreichen Berichtigungen und Ergänzungen).

Bei Anwendung des Zolltarifes sind die verschiedenen Handelsverträge zu berücksichtigen, wodurch den betreffenden Staaten Zollermäßigungen und andere Begünstigungen (insbesondere im Grenzverkehr) zugestanden werden. Zumeist ist darin die Behandlung auf dem Fuße der Meistbegünstigung vereinbart, wonach einem Staate auch die anderen Staaten zugestandenen Ermäßigungen eingeräumt werden. Die Meistbegünstigung umfaßt jedoch nicht die besonderen Vereinbarungen des Grenzverkehrs mit den Nachbarstaaten. Von den zahlreichen bestehenden Handelsverträgen seien nur die mit dem Deutschen Reich und Italien aus dem Jahre 1892 als die wichtigsten erwähnt. Gegenwärtig sind Verhandlungen zur Abschließung neuer Verträge im Zuge.

Außer den Zollverträgen bestehen mit den Nachbarstaaten mehrfach Zollkartelle, welche gegenseitigen Grenzschutz, Grenzaufsicht, Unterstützung beim Verzollungsverfahren u. dgl. bezwecken.

Wer sich mit dem Zollwesen beschäftigen will, muß unbedingt auf die Zoll- und Staatsmonopolsordnung vom Jahre 1835 und auf den Amtsunterricht hiezu vom Jahre 1853 zurückgreifen, wo sich die grundlegenden Begriffe und die Vorschriften über das Zollverfahren finden.

Die Zoll- und Staatsmonopolsordnung enthält allgemeine Bestimmungen über Zollgebiet und Zollanstalten, zollpflichtigen Verkehr und dessen Überwachung, Zollverfahren, Zollgebühr, amtliche Niederlagen und Monopolsgegenstände. Der „Amtsunterricht“ ist eine Art Vollzugs-

vorschrift dazu mit vier Hauptteilen über das Zollverfahren, über Verkehr und Überwachung im Zollgebiet, über die Führung der Register und amtlichen Ausfertigungen und über die dienstlichen Verhältnisse (mit Disziplinarvorschriften).

Von den späteren Zollnovellen sind erwähnenswert: Die mit Finanzministerialerlaß vom 7. Juni 1853, R. G. Bl. Nr. 104, kundgemachte Vorschrift über einige Vereinfachungen des Zollverfahrens und die Ministerialverordnung über weitere Erleichterungen des Zollverfahrens vom 25. Oktober 1874, R. G. Bl. Nr. 134; die Vorschrift über das Zollverfahren auf Eisenbahnen vom 18. September 1857, R. G. Bl. Nr. 157; die Verordnung vom 15. Jänner 1862, R. G. Bl. Nr. 6, betreffend Zolkredite; die Gesetze vom 23. Juni 1891, R. G. Bl. Nr. 76 und 77, betreffend die Einbeziehung von Triest und Fiume ins Zollgebiet, samt der zugehörigen Ministerialverordnung vom 23. Juni 1891, R. G. Bl. Nr. 78, welche unter anderem eine neue Schiffsmanifestordnung umfaßt; endlich die Erleichterungen in der Warenkontrolle im Grenzbezirke vom 22. März 1893, R. G. Bl. Nr. 64.

2. Aufgaben des Zollwesens.

Das Zollwesen wird besorgt von den Zollämtern (Hauptzollämter I. u. II. Kl. und Nebenzollämter I. u. II. Kl.) als ausübenden Ämtern. Oberbehörden sind die Finanzbezirksdirektionen, bezw. die Finanzlandesbehörden; als höchste Behörde waltet das k. k. Finanzministerium. Verschiedene Arbeiten und Verrichtungen, Überwachungen, Streifungen, Verschlußabnahme u. dgl. besorgt die Finanzwache, welche nach Bedarf auch den Zollämtern selbst zugewiesen ist. Außerdem sind die Gerichte, Gemeinden, Militärkommanden u. a. zur Unterstützung der Zollbehörden verpflichtet (B. D. §§ 7—15, A. U. §§ 1—7 u. 252,

Finanzministerial-Verordnung vom 25. Oktober 1873, Bdg. Bl. Nr. 38 über die Dienstverhältnisse der Zollämter).

Die Aufgabe, welche das Zollwesen praktisch zu lösen hat, ist keine geringe. Es handelt sich darum, den gesamten Verkehr über die Zolllinie zu beherrschen, um die Einhebung der Zollgebühren und die Überwachung der Grenzüberschreitung (auch in der Ausfuhr) zu erreichen. Die ganze äußere Grenze des Zollgebietes, Zolllinie genannt, muß also unter Aufsicht stehen, und da die Aufrichtung von Mauern, Gräben, Schranken u. dgl. auf der ganzen Zolllinie nicht möglich ist, muß diese Aufsicht durch Vorschriften, Bezeichnungen, Aufschriften, Verbote u. dgl. und durch eine besonderen Überwachung erreicht werden. Die Überschreitung der Zolllinie mit zollpflichtigen Waren darf nur auf den Zollstraßen (dazu gehören auch die Eisenbahnen) geschehen. Alle anderen Wege sind als Nebenwege verboten. Desgleichen ist die Landung von Schiffen und anderen Wasserfahrzeugen nur an den hiezu bestimmten Plätzen und Häfen gestattet und die Annäherung an die Küste unter gewissen Voraussetzungen untersagt. Die Nebenwege, welche als solche gleich den Zollstraßen durch Aufschristafeln kenntlich sind und die Zwischenräume werden durch Posten und Streifungen überwacht, um Schmuggel, der als Gefällsübertretung strenger Strafe unterliegt, zu verhindern (Z. D. I. Hpt. St., A. II. §§ 10—22).

Auch Zollstraßen gelten fallweise als unerlaubte Nebenwege, wenn das daran aufgestellte Zollamt (Nebenzollamt II. Kl.) nicht das Recht zur Verzollung oder Anweisung der betreffenden Ware hat (§ 22 Z. D.).

Bei der Überschreitung der Grenze auf den Zollstraßen werden die Waren angehalten. Entweder steht unmittelbar

an der Grenze ein Zollamt, oder ein Ansageposten, unter dessen Geleite die Waren zum nahen Grenzzollamte gebracht werden. Reisende müssen sich beim Grenzzollamte melden und dürfen demselben nicht ausweichen (Z. D. II. Hpt. St., A. U. §§ 23—41).

Die Zollordnung unterscheidet die Gegenstände, welche in der Einfuhr oder Ausfuhr einem Zoll oder Verbot unterliegen als „Waren“ von den „freien Gegenständen“ (§ 16). Außerdem ist vorgeschrieben, daß auch die bloß bedingt zollfreien Gegenstände dem Zollverfahren unterworfen werden müssen (§ 17), und daß Reisende, auch wenn sie keine zollpflichtigen Gegenstände mit sich führen, sich stellen müssen (§ 27). Die naheliegende Folgerung, daß bei der Grenzüberschreitung außer dem Reiseverkehr die unbedingt freien Gegenstände nicht gestellt zu werden brauchen, ist in der Zollordnung selbst nicht gezogen und in der Praxis, insbesondere im Eisenbahn- und Postverkehr, undurchführbar. Das Zolltarifgesetz vom Jahre 1882 (Art. II) bezeichnet denn auch die ausdrücklich zollfrei erklärten Gegenstände als „Waren“. In diesem Sinne ist also jeder Gegenstand, der über die Grenze geht, eine „Ware“, welche gestellt und dem Zollverfahren unterzogen werden muß, bezw. angehalten werden kann. Infolge dessen dürfte trotz der diesfälligen Unterscheidung der Zollordnung die Stellungspflicht des Reisenden im ganz gleichen Umfange bestehen, wie für jede andere Grenzüberschreitung. Als Reisender ist zu betrachten, wer zur Ortsveränderung einen Paß oder eine sonstige Bewilligung braucht (§ 28 Z. D.). Diese Bestimmung der Zollordnung hat bei der heutigen Freizügigkeit keinen praktischen Wert. Da es auch an einer Zwangs- oder Strafbestimmung fehlt, wonach ein Reisender, der überhaupt nichts mit sich führt, zur Stellung beim Zollamte verpflichtet werden könnte, so kann diese Verpflichtung doch nur für Reisende gelten, die Waren (Gepäck) mit sich führen.

Die Verlustgefahr für den Staat wäre jedoch zu groß, wenn die Überschreitung der Zolllinie, bezw. des Grenz Zollamtes schon von jeder weiteren Verbindlichkeit befreien würde. Es ist daher eine ziemlich weitgehende Überwachung auch im Zollgebiet vorgesehen, und zwar mit größerer Schärfe im Grenzbezirk. Darunter hat man sich einen Landstreifen von entsprechender Breite (nicht über 10 km) vorzustellen, der als solcher durch Tafeln an den Straßen und an den Ausgängen der betroffenen Ortschaften kenntlich gemacht ist. Der innere Rand dieses Streifens ist die innere Zolllinie, der hievon begrenzte Raum das innere Zollgebiet, im Gegensatz zum Grenzbezirk.

Die Überwachung wird innerhalb des Zollgebietes dadurch geübt, daß die Einfuhrwaren auch noch vom Grenz Zollamte weg auf vorgeschriebenem Wege an den Bestimmungsort gebracht werden und auf dem Wege gedeckt sein müssen, daß für bestimmte Waren unter bestimmten Voraussetzungen der Nachweis des Bezuges, Ursprunges oder der Verzollung verlangt wird, daß bestimmte Gewerbe unter besondere Aufsicht gestellt sind u. a. Im Grenzbezirk ist die Überwachung (Kontrolle) teilweise strenger, andererseits erfordern die Bedürfnisse des Verkehrs und des täglichen Lebens und verschiedene Lebensgemeinschaften gerade an der Grenze besondere Erleichterungen (Benützung der Nebenwege, Zollfreiheiten), welche insbesondere für Arbeits- und Weidewieh, Bodenerzeugnisse, Märkte u. dgl., in den Grenzgewässern für ansässige Fischer u. dgl. teils gesetz-, teils vertragsmäßig vorgesehen sind. Im inneren Zollgebiet ist die Ausweisverpflichtung, die hier begreiflicherweise sehr lästig empfunden wird, sehr beschränkt und kann im allgemeinen als Ausnahmefall bezeichnet werden (B. D. § 25, VIII.—X. Hpt. St., A. U. II. Teil).

Außer den bereits angeführten Fachbezeichnungen ist des Verständnisses wegen der „Amtsplatz“ noch zu erwähnen. Darunter versteht man den bei einem Zollamte zur Zollziehung des amtlichen Verfahrens bestimmten Raum, der je nach Verhältnissen abgeschlossen oder durch Tafeln bezeichnet wird. Auf Bahnhöfen mit Zollämtern oder Zollamtsexposituren gilt der eingefriedete Raum des Bahnhofes als Amtsplatz (B. D. § 9, A. U. §§ 3—6, Verordnung vom Jahre 1874, R. G. Bl. Nr. 134).

3. Anweisungs- und Vormerkverfahren, Zollniederlagen.

Die Schwierigkeiten des „Raumes“ im Zollverfahren, bei der Verzollung, bei der Überwachung, bei Einräumung von Begünstigungen u. a. werden durch verschiedene Verfahrensarten glücklich gelöst, welche im allgemeinen den Umstand gemeinsam haben, daß Waren von einem Amte zum andern (vertragsmäßig auch über die Zollgrenze mit gegenseitiger Unterstützung) unter amtlichem Verschuß oder unter Begleitung entsprechender Papiere angewiesen werden, bezw. daß bei Übergang gewisser Waren in den freien Verkehr, deren Identität durch Vormerkung, Bezeichnung oder Beschreibung sichergestellt wird.

Diese Verfahrensarten haben durch die Entwicklung des Eisenbahnwesens und des Postverkehrs große praktische Bedeutung und Ausdehnung erlangt und verdienen eine besondere Besprechung, weil ihr Verständnis wesentlich dazu beiträgt, ein klares Bild über die Abwicklung des Zollverkehrs zu schaffen.

I.

Das Anweisungsverfahren besteht darin, daß Waren in unverändertem Zustande zu einem anderen Amte behufs

Vollziehung einer Amtshandlung gebracht werden. Je nach dem Zwecke und der Art der Warenbegleitung und der Verbuchung kann man zwei Arten des Anweisungsverfahrens unterscheiden: das Ansageverfahren und das Begleitscheinverfahren.

Im **Ansageverfahren** werden Waren in der Regel ohne nähere Untersuchung unter amtlichem Verschuß an ein Zollamt zur Vornahme einer Amtshandlung (Verzollung, Austrittsbestätigung) angewiesen. Bei der Anweisung vom Ansageposten zum betreffenden Grenzzollamt geschieht die Beförderung in der Regel ohne nähere Untersuchung der Ware, mit versiegelten Begleitpapieren und mit dem Ansageschein unter amtlicher Begleitung, welche einen amtlichen Verschuß entbehrlich macht. Reisende werden in der Regel nicht begleitet (Z. D. §§ 29, 30, A. U. §§ 29—40).

Im sogenannten abgekürzten (summarischen) Ansageverfahren, welches im Eisenbahn- und Postverkehre im ausgedehntesten Maße geübt wird, beschränkt sich die Amtsaufsicht in der Regel auf den amtlichen Verschuß. In der Einfuhr weist das Grenzzollamt in der Regel die Waren an das nach dem Bestimmungsort zuständige Zollamt an; die Ausfuhr- und Durchfuhrwaren werden mit Hilfe dieses Verfahrens in einfachster Weise über die Grenze befördert.

Das abgekürzte (summarische) Ansageverfahren auf **Eisenbahnen** ist durch die Vorschrift vom 18. September 1857, R. G. Bl. Nr. 175, geregelt. Das anweisende Zollamt hat dabei dieselbe Bedeutung wie im ursprünglichen Ansageverfahren ein Ansageposten. Die Verfrachtung geschieht in entsprechend zugerichteten Güterwagen in der Regel unter amtlichem Ladungsraum- und Kollienverschuß. Eine zollamtliche Begleitung findet nur ausnahmsweise statt, in

der Regel nur auf der Strecke vom Grenzzollamt bis zur Grenze, wenn diese nicht in anderer Weise wirksam überwacht werden kann.

Das Verfahren wickelt sich in der Einfuhr etwa in nachstehender Weise ab. Nach Einlangen des Eisenbahnzuges hat der Zugsführer die Ladungslisten samt Waren-erklärungen und Frachtbriefen dem Grenzzollamte zu überreichen. Dieses nimmt eine Prüfung des Warenzuges vor und legt die Verschlüsse an, wenn dies nicht etwa infolge Vertragsvereinbarung bereits beim benachbarten ausländischen Zollamte geschehen ist. Das Grenzzollamt fertigt dann für jeden einzelnen Bestimmungsort einen Ansageschein aus, der mit den zugehörigen Papieren dem Zugsführer (bezw. dem Begleitmanne bei amtlicher Begleitung) übergeben wird, und die betreffenden Wagen (Kollien) bis zum Ziele begleitet. Nach Einlangen am Bestimmungsorte übergibt der Zugsführer Papiere und allfällige Schlüssel dem Zollamte, welches nun die Waren (u. zw. zuerst das Reisegepäck) abfertigt.

In ähnlicher Weise können in der Ausfuhr Waren schon am Aufgabsorte beamtshandelt und unter amtlichem Verschuß mit Ansageschein, Ladungslisten und sonstigen Papieren ans Grenzzollamt befördert werden, welches die Waren gewöhnlich ohne innere Untersuchung über die Grenze entläßt.

In der Durchfuhr können Waren auf Eisenbahnen ohne innere Beschau unter Verschuß (in der Regel gegen Zollsicherstellung) eintreten, durchlaufen und wieder austreten, indem das Eintrittsamt die Waren mit Ansageschein ans Austrittsamt anweist.

In allen Fällen des Ansageverfahrens wird die gegenseitige Verständigung der beteiligten Ämter und die buchmäßige Überwachung durch entsprechende Registereintragungen und durch Rücksendung der bestätigten Ansagescheine erzielt.

Ein ähnliches Ansageverfahren ist mehrfach durch besondere Verordnungen in der Flußschifffahrt (Donau, Elbe,

Save) und Seeschifffahrt und bei Übergang der Waren von der Bahn auf Schiffe vorgeesehen.

In sehr weitem Umfange kommt ein abgekürztes Ansa-
geverfahren bei Postsendungen in Anwendung (Finanzmini-
sterialerlaß vom 27. Juli 1853, Z. 448). Postsendungen
werden vom Grenzzollamte mit den Postfrachtkarten ver-
glichen und theils verzollt, theils weiter angewiesen. Bei
Sendungen, welche schon hier verzollt oder zollfrei abge-
fertigt werden, wird dieser Umstand auf der Begleitadresse
und auf der Sendung selbst in auffälliger Weise mit roter
Tinte ersichtlich gemacht (Finanzministerialerlaß vom 3. Au-
gust 1884, Z. 19.765 und 6. August 1886, Z. 40.884).
Andere Sendungen werden unter amtlichen Verschuß (meist
einfacher Zollmarkenverschuß) gelegt und mit Ansa-
geschein an das zuständige Inlandszollamt angewiesen. Dem An-
sageschein werden die vorhandenen Zollerklärungen beige-
geschlossen; das Fehlen von Erklärungen wird jedoch keinesfalls
beanständet, weil die Zollabfertigung von Postsendungen
auf Grund des Beschaubefundes, oder bloß mündlicher
Erklärung in weitem Umfange vorgeesehen ist (§ 63 Z. D.,
§ 197 A. U., Finanzministerialerlaß vom 1. Mai 1891,
Z. 14.304). Das Inlandszollamt, an welches die ange-
wiesene Sendung gelangt, übernimmt dieselbe im Wege
des Postamtes und bestätigt die Übernahme dem anwei-
senden Amte. Zur Bequemlichkeit der Empfänger besorgen
die Postämter zumeist selbst (in Wien das k. k. Postpaket-
bestellamt), die Verzollung in Vertretung der Parteien
(insbesondere jener, welche nicht am Orte des Zollamtes
wohnen). Das Postamt beteiligt sich in solchen Fällen
durch einen Vertreter an der Zollabfertigung, bestreitet
die Zollgebühren vorstufweise und hebt sie dann mit den
allfälligen Postgebühren von den Parteien ein. Bei hohen
Zollgebühren, versperrten Koffern, oder im Grunde beson-
derer Polizeivorschriften (verbotenen Druckschriften u. dgl.)
und aus anderen entsprechenden Gründen wird die persö-
nliche Teilnahme der Partei verlangt, welche zu diesem
Zwecke eine Anweisung (Wiso) der Post an das Zollamt

erhält, um die Sendung zu beheben (Verordnung vom 21. August 1862, Bdg. Bl. Nr. 37). Zur Erleichterung der Verzollung bestehen bei einigen Postämtern eigene Zollamtsexposituren.

Das **Begleitscheinverfahren** ist hauptsächlich zu Gunsten der Parteien eingeführt und unterscheidet sich vom Ansageverfahren dadurch, daß das Zollverfahren ganz oder teilweise schon beim anweisenden Amte geschieht, und die Ware nun in der Regel gegen Sicherstellung und unter amtlichem Verschuß mit der Verpflichtung entlassen wird, sie zu dem gewünschten Zwecke zu einem anderen Zollamte zu bringen. Die Anweisung erfolgt mit Begleitschein, welcher die Ware deckt und dann zum Abfertigungsamte zurückkehrt (B. D. V. Spt. St., N. U. §§ 93—171).

Das Begleitscheinverfahren ermöglicht es, die vollständige Abwicklung des Zollverfahrens an der Grenze zu vermeiden, um den Parteien hiedurch einen Aufschub und ein freieres Verfügungsrecht zu gewähren. Das Begleitscheinverfahren ist also im Gegensatz zum Ansageverfahren, welches insbesondere im Eisenbahn- und Postverkehre von Amts wegen stattfindet, in der Regel Sache der Partei, welche selbst die Verpflichtung und Haftung für die richtige und unverletzte Abstellung der Ware beim Bestimmungsamte übernimmt. Das anweisende Amt wird kurz „Ausfertigungsamt“, das Amt, an welches die Anweisung erfolgt, „Erledigungsamt“ genannt. Bezeichnend für das Verfahren ist der Begleitschein, welcher die Ware zum Zwecke der zollamtlichen Ausweisung und Deckung zu begleiten hat (N. U. § 114 u. ff.)

Der Begleitschein ist eine Art Warenerklärung für die Dauer der Anweisung oder amtlichen Verwahrung; im Falle der Verzollung oder Weiteranweisung ist eine neue Erklärung beizubringen (§ 130 N. U.).

Zweck und Abwicklung des Begleitscheinverfahrens sind verschieden, je nachdem die Anweisung in der Einfuhr (Durchfuhr) oder in der Ausfuhr geschieht.

In der Einfuhr kann die Anweisung erfolgen, entweder zur Aufnahme in amtliche Niederlage oder zum Zwecke der Verzollung selbst oder bloß der Zollentrichtung, oder zur Durchfuhr (§ 96 A. U.).

Die Übernahme in amtliche Niederlage geschieht hauptsächlich über Parteiantrag, ohne daß sogleich erklärt werden müßte, ob die Ware zum Verbräuche oder zur Durchfuhr bestimmt ist. Hiedurch bleibt der Partei die Möglichkeit gewahrt, über die Ware zu verfügen, sie also durch Zollentrichtung auszulösen, oder ohne solche wieder auszuführen. Die Anweisung in amtliche Niederlage kann jedoch auch von Amts wegen verfügt werden, auf Grund besonderer Polizeivorschriften, über gerichtlichen Auftrag (bei Pfandrechten und Verboten) u. a., wenn das Grenzzollamt die Einlagerung nicht selbst vornehmen kann (§ 97 A. U. u. a.).

Auch die Anweisung zum Zwecke der Einfuhrsverzollung (oder zollfreien Behandlung) findet hauptsächlich über Parteiansuchen statt, wird jedoch auch häufig von Amts wegen verfügt, insbesondere bei Druckschriften, Staatspapieren, Postwagengütern und Reisegepäck mit mangelhafter Erklärung, bei Monopolsgegenständen, Spielkarten u. a. (§ 98 A. U. u. a.).

Weiters wird das Begleitscheinverfahren in der Durchfuhr sehr häufig angewendet. Es deckt sich hiebei im wesentlichen mit dem sonstigen Einfuhrsverfahren, wenn die Anweisung unmittelbar vom Eintritts- zum Austritts- amte erfolgt. Im Falle der vorübergehenden Einlagerung (während der Durchfuhr) liegen meist zwei Anweisungen vor: die eine zur Einfuhr und Amtsverwahrung, die andere zur Ausfuhr (§ 99 A. U.).

Das Begleitscheinverfahren wickelt sich in der Einfuhr etwa in nachstehender Weise ab.

Das Grenzzollamt (Ausfertigungsamt) übernimmt und prüft die Warenerklärung, veranlaßt die Sicherstellung der Zollgebühr, vollzieht die zollamtliche Untersuchung, legt den amtlichen Verschuß an, fertigt den Begleitschein aus, hebt allfällige Nebengebühren ein (die

Zahlung der Zollgebühr selbst bleibt in der Regel aufgeschoben) und leitet die Überwachung der Beförderung an den Bestimmungsort ein.

Die Druckform für Begleitscheine ist so eingerichtet, daß sie auf der 2. und 3. Seite die Warenerklärung der Partei enthält, auf der 1. und 4. Seite als Begleitschein amtlich ausgefüllt wird (Vorschrift vom 17. September 1853, R. G. Bl. Nr. 183).

Von der Sicherstellung des Eingangszolles kann ausnahmsweise bei bekannten, sicheren Parteien abgesehen werden. Die Sicherstellung wird in Bargeld, Wertpapieren oder durch Bürgschaft geleistet. Nach Erledigung des Falles stellt das Zollamt Sicherstellungen, welche aus Bargeld oder Wertpapieren bestehen, im eigenen Wirkungsbereich zurück (Z. D. §§ 133—144, 169, 176, A. U. §§ 106, 136).

Die Anweisgüter werden der vollständigen äußeren, in der Regel jedoch nur einer teilweisen inneren Untersuchung unterzogen und dann in der Regel wie im Ansageverfahren unter Ladungsraum- oder Kollienverschluß gelegt (Z. D. §§ 145—149, A. U. §§ 107—113).

Die Weiterbeförderung geschieht durch die Partei, welche für die richtige und unverletzte Stellung beim Erledigungsamte haftet. Der Begleitschein ist bei der Stellung abzuliefern und geht an das Ausfertigungsamt zurück, welches dafür seine Abschrift des Begleitscheines rücksendet (Z. D. §§ 155 u. ff., A. U. §§ 114 u. ff.).

Das Verfahren des Erledigungsamtes richtet sich nach dem Zwecke der Anweisung: Aufnahme in die amtliche Niederlage, Eingangszollung, Weiteranweisung. Die innere Untersuchung der Ware hat hierbei in der Regel zu unterbleiben, wenn sie bereits beim Eintrittsamte vollzogen wurde (Z. D. §§ 165 u. ff., A. U. §§ 128 u. ff.).

Eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung des Begleitscheinverfahrens in der Einfuhr ist dadurch vorgesehen, daß Waren über diesfällige Erklärung schon beim Grenzzollamte der vollständigen inneren Untersuchung nach

den Grundsätzen der Eingangsverzollung unterzogen werden können, wonach das Erledigungsamt nur mehr die Einhebung der Zollgebühr zu besorgen hat. Solche Waren (desgleichen jene, welche nur nach der Stückzahl verzollt werden oder amtlichen Verschluß nicht zulassen), werden ohne Verschluß und ohne Stellungsverpflichtung entlassen, so zwar, daß es der Partei freisteht, am Bestimmungsorte ohne weiteres unter Vorlage des Begleitscheines die Zollgebühr zu entrichten und sich hiedurch weiterer Verpflichtungen zu entledigen, oder die Ware unter Erklärung des Zweckes, z. B. behufs Weiteranweisung zu stellen (§§ 7 und 12 der Vorschrift vom 7. Juni 1853, R. G. Bl. Nr. 104, § 172 Z. D. und § 133 A. U.).

Selbstverständlich kann eine solche, bereits aus der amtlichen Aufsicht entlassene Ware nicht mehr nachträglich zur zollfreien Durchfuhr erklärt werden. Bei Durchfuhrswaren soll nämlich durch strengere Vorschriften einer Veränderung oder Verwechslung während der Durchreise vorgebeugt werden. Daher müssen dieselben beim Austritts-Grenzzollamte wenigstens teilweise der inneren Beschau unterzogen werden. Die weitere Untersuchung bezieht sich beim Austritt von Durchfuhrswaren hauptsächlich darauf, ob Verschluß und Packung unverletzt sind; dann wird der Austritt überwacht, so zwar, daß sich das Amt vom wirklichen Austritt überzeugt. Zu diesem Zweck ist die Ware nötigen Falls zu begleiten oder an den vorliegenden Ansaageposten anzuweisen, und der Verschluß wird in der Regel erst bei der Grenzüberschreitung (allenfalls erst beim benachbarten Ausland-Zollamte) abgenommen (Z. D. §§ 173 u. ff., A. U. §§ 134 u. ff.).

Bei Postsendungen, welche nicht im Ansaage-, sondern im Begleitscheinverfahren ein- oder durchgeführt werden, kann der Begleitschein dadurch ersetzt werden, daß eine entsprechende Amtsbestätigung der Warenerklärung beigelegt wird (Finanzministerialerlaß vom 18. August 1853, Z. 374).

In der Ausfuhr ist die Erklärung zu diesem Behufe im allgemeinen bei Inlands-Zollämtern gestattet. Das Begleitscheinverfahren oder ein diesem ähnliches Anweisungsverfahren kommt hiebei in Anwendung bei Waren, welche einem Ausfuhrzoll unterliegen und bei Waren, deren Austritt nachgewiesen werden muß (Zucker, Branntwein, Bier, Mineralöl, Spielkarten, Tabak, Gold- und Silberwaren, alle Durchfuhrswaren, die Gegenstände des Vormerkverfahrens, Rücksendungen wegen Unbestellbarkeit oder Annahmeverweigerung) oder deren Austrittsnachweisung vertragsmäßig vereinbart ist. Die Abfertigung im Inland wird hiebei teilweise statt vom Zollamte von der Finanzwache vollzogen. Das Austrittsamt hat in der Regel gleich dem Abfertigungsamte auch eine teilweise, bezw. vollständige (bei Steuervergütung) innere Untersuchung vorzunehmen und das eigentliche Zollverfahren zu pflegen, wenn dasselbe nicht ausnahmsweise (insbesondere bei Bahn- und Schiffsfrachten) bei einem hiezu befugten Inlandszollamte abgewickelt wurde.

In den meisten Fällen der Ausfuhr, insbesondere bei Waren, deren Austritt nicht erwiesen werden muß, findet, insoweit nicht das abgekürzte Ansageverfahren (Eisenbahnen) angewendet wird, ein vereinfachtes Anweisungsverfahren statt, welches sich im allgemeinen auf die Abfertigung (Beibringung der Zollerklärung und einer statistischen Anmeldung) beim Aufgabsamte und auf die Bescheinigung (Bibidierung) des Austrittes „bei einem mit der Warenkontrolle betrauten Organe“ (braucht kein Zollamt zu sein), beschränkt. Die Abfertigung erfolgt hiebei in der Regel ohne amtlichen Verschuß und ohne Sicherstellung (durch Anweisung zur Stellung beim Austrittsamt auf der Warenerklärung), und die Austrittsbestätigung wird auf der Warenerklärung selbst erteilt (Z. D. §§ 181 u. ff., A. U. §§ 150 u. ff., siehe auch S. 43).

Eine besondere Anwendung findet das Begleitscheinverfahren als sogenanntes „Streckenzugsverfahren“ bei Warensendungen, welche auf ihrem Wege von einem Orte des Inlands zu einem anderen Orte des Inlands teilweise

eine Auslandsstrecke benützen, also austreten und wieder eintreten, oder in gleicherweise von einem Küstenorte zum anderen an der Grenze über See gehen. Das Verfahren ist ähnlich wie bei der Durchfuhr und die Maßregeln haben auch hier den Zweck, irgendwelche Änderungen oder Unterschiebungen an der Ware zu verhindern. Die Überwachungsschwierigkeit ist allerdings insoferne größer, als es sich eben um eine Auslandsstrecke handelt, wird jedoch durch die strenge Vorschrift verringert, daß die Auslandsstrecke ununterbrochen (ohne Ablegung) zurückgelegt werden muß. Das Streckendurchzugsverfahren ist auf bestimmte Strecken und Zollämter beschränkt. Das Austrittsamt weist die Ware mit Begleitschein entweder an das Grenzzollamt, wo der Wiedereintritt erfolgt, und dieses stellt zur weiteren Deckung einen Kontroll- oder Legitimationschein aus, oder die Anweisung erfolgt unmittelbar an ein Inlandszollamt. Im letzteren Falle benimmt sich das Eintritts-Grenzzollamt wie bei unverzollten ausländischen Anweisgütern. Im Eisenbahnverkehr findet zu gleichen Zwecken ein abgekürztes Ansaßverfahren Anwendung. Auch im Seeverkehr an der Küste ist das Verfahren vielfach erleichtert, indem die Zollquittung, bezw. ein Kontroll- oder Legitimationschein, als Streckendurchzugsbeleg dient, mit welchem die Ware beim Wiedereintritt zu stellen ist. Ähnliche Vereinfachungen sind teilweise auch im Landverkehr vertragsmäßig eingeführt, indem einfache Durchbeförderung unter amtlichem Verschuß und gegen Sicherstellung gestattet wird (B. D. §§ 186 u. ff., A. U. §§ 160 u. ff.).

II.

Eine bedeutende Rolle im österreichischen Zollwesen spielt das sogenannte **Vormerkverfahren**. Es bezweckt die Feststellung der Rämlichkeit (Identität) bei Waren, welche eingeführt und wieder ausgeführt werden oder umgekehrt, ohne in der Zwischenzeit in Amtsverwahrung zu bleiben,

in jenen Fällen, in welchen die Zollfreiheit unter gewissen Bedingungen zugestanden ist. Es handelt sich um eine Begünstigung, welche zunächst im Grenzverkehr eingeführt war, indem Grenzbewohnern die zollfreie Rückbringung von vermahlenem Getreide, Weide- und Arbeitsvieh, unverkauften Waren von benachbarten Märkten und Messen gegen bloße Vormerkung gestattet wurde. In ausgedehnterem Maße wurde dann diese Begünstigung zunächst zu Gunsten des Inlandes gewährt, indem bei Ausfuhr zur Losung (d. i. auf ungewissen Verkauf) die zollfreie Rückführung unverkaufter Waren und bei der Einfuhr von Waren behufs Zubereitung, Umgestaltung oder Veredlung (Appretur) die Zollfreiheit unter der Bedingung der Wiederausfuhr gewährt wurde (B. O. §§ 221—226, A. U. §§ 172—188).

Zu Gunsten eines freien Handelsverkehrs hat dieses Verfahren hauptsächlich im Vertragswege, sowohl rücksichtlich des Zweckes als des Anwendungsgebietes auf dem Fuße der Gegenseitigkeit eine große Ausdehnung erhalten. So wird einerseits den meisten Nachbarstaaten die zollfreie Einfuhr nach Österreich-Ungarn nicht nur zur Losung, sondern auch zur öffentlichen Ausstellung, für wissenschaftliche Versuche, zur vorübergehenden Benützung überhaupt (Schaubuden, Theater, Zirkusse, Handwerkszeug, Kostüme usw.) gestattet. Andererseits wird die zollfreie Versendung ins Ausland (Rückzufuhr) zum Zwecke der Reparatur oder der vorübergehenden Benützung erlaubt und gegenseitig der zollfreie Besuch von Messen und Märkten im Grenzgebiet, die zollfreie Einfuhr von Warenmustern (insbesondere als Gepäck der Handelsreisenden) bewilligt, wobei rücksichtlich der Überwachung, Sicherstellung und des Nachweises der Rämlichkeit besondere Erleichterungen vorgesehen sind. Weiters wird das Vormerkverfahren bei Rad- und Automobilreisen ins Ausland behufs zollfreier Rückkehr angewendet.

Der zollfreie Veredelungsverkehr ist zur Förderung inländischer Unternehmungen theils für bestimmte Waren allgemein vorgesehen (zollfreie Stoffeinfuhr behufs Ausfuhr fertiger Kleider u. a.), theils wird er fallweise, insbesondere für unterstützungswürdige Großbetriebe zugestanden (Ministerialerlässe vom 21. Mai 1887, R. G. Bl. Nr. 58 und 60).

Das Verfahren bei der Einfuhr nach Österreich im Veredelungsverkehre (wie die Zubereitung, Umgestaltung, Veredlung, Appretur zusammenfassend bezeichnet werden kann) behufs Ausfuhr der veredelten Waren besteht darin, daß die eingeführten Waren vorschriftsmäßig, wie bei jeder Eingangsverzollung gestellt und erklärt werden, worauf das Zollamt dieselben nach vollständiger innerer Untersuchung und Bezeichnung (wenn nicht möglich, genauer Beschreibung) behufs Festhaltung der Identität, ins Vormerkregister einträgt und der Partei den Vormerkschein aushändigt. Die Forderung einer Sicherstellung (meist bar in der Höhe der Zollgebühr) hängt vom Ermessen des Amtes ab. Selbstverständlich kann die Vormerkung in Verbindung mit dem Begleitschein- (oder abgefürzten Ansage-) verfahren auch bei einem Inlandszollamte erfolgen. Bei der Wiederausfuhr der veredelten Ware ist dieselbe behufs Feststellung der Rämlichkeit auf Grund des Vormerk Scheines beim vormerkenden Amte zu stellen, worauf die Ware nötigen Falls im Anweisungsverkehre über die Grenze befördert wird. Dadurch ist erst die Bedingung der Zollfreiheit erfüllt.

Bei der Ausfuhr von Losungswaren sind diese in gleicher Weise zu bezeichnen und vorzumerken. Im Falle des Rückeintrittes, weil die Waren unverkauft blieben, gehen dieselben (nötigenfalls im Anweisungsverfahren) an

jenes Zollamt, welches die Vormerkung hat und werden hier, wenn alles in Ordnung ist, zollfrei abgefertigt.

Das umgekehrte Verfahren bei Veredelung (Reparatur, vorübergehender Benützung) im Auslande und unterbliebenem Verkauf von ausländischen Losungswaren im Inlande ist nach dem vorstehenden ohneweiters verständlich.

In der Regel wird für die Rückeinfuhr oder Rückausfuhr eine Frist bestimmt, welche verlängert werden kann, auch wird ausnahmsweise bei unterbliebener Vormerkung ein anderweitiger Nachweis des Wiederaustrittes oder der Nämlichkeit anerkannt. Es kann eben der gleiche Erfolg wie im Vormerkverfahren erreicht werden, wenn die Partei bei der Einfuhr den Zoll erlegt und nachträglich um Rückvergütung bittet. Wo für die bedingte Zollfreiheit eine besondere Bewilligung erforderlich ist, wird diese auffallenderweise schon für die Anwendung des Vormerkverfahrens (also für eine Förmlichkeit) verlangt, wodurch den Parteien häufig die Möglichkeit benommen ist, sich den Nämlichkeitsbeweis in jenen Fällen zu sichern, wo sie die nötige Bewilligung bei Auslösung der Ware noch nicht in Händen haben (Finanzministerialerlässe vom 31. Jänner 1884, Z. 3109, vom 31. Jänner 1893, Z. 28.846, vom 12. September 1897, Z. 45.461, vom 22. September 1902, Z. 33.536, vom 7. Februar 1903, Z. 6164 u. a.).

III.

Für die Abwicklung des Zollverfahrens haben neben den erwähnten Verfahrensarten die **amtlichen Niederlagen** und die **Lagerhäuser** und **Freilager**, welche sich daraus entwickelt haben, die größte Bedeutung. Auch sie haben hauptsächlich den Zweck, zu Gunsten des Handelsverkehrs die Verzollung aufzuschieben und mit Ersparung von Umzügen und Umlagerungen ein freies Verfügungsrecht

über die Waren zu ermöglichen. Sowie der Staat im Anweisungs- und Vormerkverfahren seine Aufsicht über die reisende unverzollte Ware durch amtlichen Verschluß und Warenbezeichnung übt, so übt er sie in diesen Lagern über die nun ruhende unverzollte Ware durch Aufsicht und Sperre.

Die in amtlicher Niederlage befindlichen Waren können zur Einfuhrverzollung, zur Weiterendung, Wiederausfuhr u. dgl. erklärt oder an einen anderen Eigentümer abgetreten werden. Die eingelagerten Waren können auch behufs verschiedener Verwendung geteilt oder umgepackt werden und bleiben im allgemeinen in Obforge des Einlagernden (oder des sonstigen Verfügungsberechtigten), der für die Verwahrung einen Lagerzins zu entrichten hat. Für die Behebung, Verfügungsberechtigung, Aufsicht, Haftung und ähnliches bestehen ausgedehnte Vorschriften. Zur Verbuchung dient hauptsächlich ein Magazinsbuch. Bei verweigerter Bezahlung des Lagerzinses und aus sonstigen wichtigen Gründen kann die öffentliche Versteigerung eingelagerter Waren stattfinden (Z. D. VII. Spt. St., N. II. §§ 189—194).

Zur Erleichterung des Handelsverkehrs konnte schon auf Grund der Zollordnung vom Jahre 1835 (§ 253) ausnahmsweise die Einlagerung unverzollter Waren außer den amtlichen Niederlagen gestattet werden. Durch Gesetz vom 28. April 1889, R. G. Bl. Nr. 64, ist nun die Errichtung konzessionierter Lagerhäuser im weitesten Maße vorgesehen. Öffentliche Lagerhäuser können mit behördlicher Bewilligung überall errichtet werden, wogegen sogenannte Freilager nur am Sitze eines Hauptzollamtes bestehen können. Freilager dienen nicht nur denselben Zwecken wie

amtliche Zollniederlagen und sind gleichsam Zollausschlüsse, sondern sie können auch (insbesondere in „geschlossenen“ Städten) zur Einlagerung verzehrungssteuerpflichtiger Waren bis zur Versteuerung oder Ausfuhr verwendet werden. Die Bewilligung von Freilagern ist an bestimmte Bedingungen geknüpft, um eine wirksame Überwachung durch die Zollbehörde (Buchführung, Mitsperre) zu ermöglichen.

Seit Auflassung des Triester Freihafens im Jahre 1891 besteht in Triest nur noch das sogenannte Freigebiet als Zollausschluß, der praktisch eine ähnliche Bedeutung hat wie die Freilager (Gesetz vom 23. Juni 1891, R. G. Bl. Nr. 76).

Der gleiche Zweck wie durch amtliche Verwahrung kann, wenn keine Niederlage zur Verfügung steht, und aus irgend welchen Gründen die Notwendigkeit vorliegt, den unveränderten Zustand der Ware zu sichern, durch amtliche Bewachung freiliegender Waren erreicht werden (so bei gestrandeten Waren, § 47 Z. D., oder bei Waren, welche bei einem Zollamte erst am nächsten Tage abgefertigt werden können, §§ 37 und 52 A. U.).

4. Zollamtliche Überwachung.

Im vorigen Abschnitt wurde in allgemeinen Zügen geschildert, wie die Überwachung des Verkehrs zollpflichtiger Waren mit Hilfe des Anweisungsverfahrens während der Beförderung (Reise), mit Hilfe der amtlichen und gleichgestellten Niederlagen während der Einlagerung und mit Hilfe des Vormerkverfahrens nötigen Falls sogar nach Übergang in den freien Verkehr erfolgt. Es dürfte hieraus klar geworden sein, daß diese Maßregeln bei verständiger Anwendung, die mehr Zweck als Form im Auge

behalten muß, ausreichen, um alle Aufgaben und Schwierigkeiten im Verkehr zollpflichtiger Waren zu lösen.

Die Überwachung des Staates geht jedoch, wie im allgemeinen angedeutet wurde, noch darüber hinaus, indem auch im freien Verkehr innerhalb des Zollgebietes unter Umständen Aufsicht geübt und Nachweis verlangt wird. Die bezüglichen Vorschriften sollen nachstehend in den Hauptzügen zusammengefaßt werden.

Der freie Warenverkehr ist im Zollgebiete im allgemeinen nur in folgenden Richtungen beschränkt:

1. Die in der Einfuhr verzollten Waren müssen auf dem vorgeschriebenen Wege und in der vorgeschriebenen Zeit an den Bestimmungsort gebracht und auf dem Wege mit der zollamtlichen Ausfertigung (Zollquittung, Begleitschein) gedeckt sein. Reisende sollen die zollamtliche Bescheinigung (Zollquittung oder Legitimationschein) bis zum Austritt oder bis zum Eintreffen in ihrem Wohnort mitführen (B. D. §§ 254—257, A. U. § 208).

Durch die Aufhebung der Stellungspflicht für Einfuhrwaren, welche an der Grenze der Verzollung unterzogen und mit Begleitschein bloß zur Zollentrichtung abgefertigt werden (§§ 12 und 7 der Vorschrift vom 7. Juni 1853) dürfte die Stellungspflicht für Waren, für welche auch der Einfuhrzoll an der Grenze bereits bezahlt wurde, in der Praxis gegenstandslos geworden sein (trotz § 27 derselben Vorschrift), so daß also in beiden Fällen lediglich die Einhaltung des Weges an den Bestimmungsort und die zollamtliche Deckung vorgeschrieben bleibt.

2. Gewisse Gewerbe sind zu einer bestimmten Art der Buchführung verpflichtet und werden entsprechend beaufsichtigt (Zuckerfiedereien; chemische Fabriken, welche Fabriks=

salz verwenden; Spielfartenerzeuger; gewisse Webereien; Stärfefabriken u. a. § 361 Z. D. u. a.).

3. Nachschauen, Durchsuchungen und Büchereinsicht sind ausnahmsweise auch bei anderen als den unter 2 angeführten Betrieben gestattet, im allgemeinen nur im Falle eines begründeten Verdachtes oder über geheime Anzeigen und nur auf Grund schriftlichen Auftrages der leitenden Bezirksbehörde (§§ 270—274 Z. D.).

4. Die Verbindlichkeit zur Ausweisung des Bezuges (Vormannes), des Ursprunges (Erzeugers) und der Ver-zollung erstreckt sich nur auf unverbrauchte und unverar-beitete Gegenstände. Zur Bezugsausweisung sind verpflichtet Frachtführer und Handel- und Gewerbetreibende, insbe-sondere bezüglich jener Waren, welche kontrollpflichtig sind oder eine bestimmte Bezeichnung des inländischen Ursprunges haben müssen oder welche durch Bezeichnung als auslän-disches Erzeugnis kenntlich sind. Zur Ursprungsnachweisung sind Gewerbetreibende verpflichtet, welche ausländische Roh-stoffe oder Erzeugnisse verarbeiten. Ursprung und Ver-zollung müssen Handeltreibende bei besonderen Verdacht-gründen nachweisen, ausnahmsweise aber auch Nicht-Handels-leute (bei Verheimlichung oder Widerseßlichkeit an der Verzehrungssteuerlinie geschlossener Städte, bei Monopols-gegenständen, welche offenbar nicht inländisch sind. Z. D. IX. Hpt. St.).

Die Verschärfungen der Überwachung im Grenzbezirke beschränken sich gegenwärtig auf das teilweise Verbot des Transportes bei Nacht und auf eine mäßige Transport-kontrolle weniger Warengattungen (Kaffee, Mineralöl, Salz in gewissen Grenzbezirken). Die kontrollpflichtigen Waren müssen während des Transportes im Grenzbezirke

durch eine entsprechende Urkunde (Erklärungsschein, Zollquittung, Legitimationschein, Kontrollschein) gedeckt sein. Eine Verschußanlegung oder Stellung am Bestimmungs-orte findet gegenwärtig nicht mehr statt, wogegen früher das Kontrollscheinverfahren (ein Anweisungsverfahren) angewendet wurde (Z. D. §§ 335—359, Finanzministerialverordnung vom 22. März 1893, R. G. Bl. Nr. 64).

5. Einfuhrverzollung.

Im folgenden wird aus den Vorschriften über die Eingangverzollung hauptsächlich hervorgehoben, was zum Verständnisse des Herganges erforderlich ist. Die an sich leicht verständlichen Handhabungsvorschriften werden nur so weit als nötig gestreift.

Die Grundlage des Zollverfahrens bei der Eingangverzollung bildet die Warenerklärung, worin vor allem erklärt sein muß, daß die Ware zur Einfuhr bestimmt ist (Z. D. III Hpt. St., A. U. §§ 24 und 25).

In der Regel ist die Warenerklärung schriftlich (zweifach) nach vorgeschriebenem Muster (§ 2 der Vorschrift vom 7. Juni 1853, R. G. Bl. Nr. 104) einzubringen, u. zw. vom Versender, Empfänger oder Warenführer (§ 62 Z. D.). Der Warenführer und der Empfänger haben das Recht zur Ergänzung und Berichtigung der Erklärung, solange die innere Untersuchung noch nicht begonnen hat; diese Bewilligung gilt bei Grenzzollämtern und im Ansaßverfahren unbeschränkt, im Begleitscheinverfahren nur unter gewissen Voraussetzungen (§ 1 Ministerialverordnung vom 25. Oktober 1874, R. G. Bl. Nr. 134).

In der Regel haftet der Aussteller der Erklärung für die Folgen der Unrichtigkeit, doch haftet der Warenführer

nur beschränkt, wenn er lediglich die Erklärung des Versenders übergibt (§ 48 A. U., § 2 obiger Vorschrift vom Jahre 1853). Mit der Annahmeerklärung geht sodann die Haftung auf den Empfänger über, dem es ja freisteht, die Erklärung vorher zu berichtigen (§ 77 B. O.).

Die Erklärung ist in der Regel beim Grenzzollamt einzubringen, u. zw. insbesondere auch, wenn die Ware im Begleitscheinverfahren weitergeht (§ 53 B. O.). Dagegen kann die Erklärung im abgefürzten Anfragsverfahren (Eisenbahn, Post) auch erst beim Inlandszollamt überreicht werden (§§ 44 und 46 A. U. und § 29 der Vorschrift vom 18. September 1857, R. G. Bl. Nr. 175). Bei Änderung der Bestimmung einer im Begleitscheinverfahren ins Inland gelangten Ware ist eine neue Erklärung abzugeben (§ 11 der Vorschrift vom Jahre 1853).

Als Stammeerklärung pflegt die Erklärung bezeichnet zu werden, welche mit der Ware aus dem Ausland einlangt. Als ausreichende Einfuhrerklärung kann sie nur insoweit in Betracht kommen, als sie die gesetzlichen Erfordernisse einer solchen aufweist.

Ausnahmsweise ist auch mündliche Erklärung, insbesondere für Reisegepäck und für Postsendungen oder gar die Verzollung auf Grund des bloßen Beschaubefundes (also ohne Erklärung) gestattet. Letzteres gilt insbesondere für Reisegepäck und für Eisenbahn- und Postsendungen (obige Ministerialverordnung vom Jahre 1874, siehe auch S. 52).

Auch ist es dem Warenführer gestattet, die Verzollung nach Beschaubefund zu beantragen, wenn er keine ausreichenden Papiere besitzt und den Inhalt seiner Ladung nicht kennt und wenn die Erklärung nicht seitens des Empfängers erfolgt (Punkt 2 obiger Verordnung vom Jahre 1874). Die Erfüllung dieser Bedingungen dürfte dem Warenführer in jedem Falle leicht möglich sein.

Bei mündlicher Erklärung und Verzollung nach Befund wird der Beschaubefund im Pausverfahren zugleich als Zollquittung verwendet (Finanzministerialerlaß vom 26. November 1892, Bdg. Bl. Nr. 63).

Wenn Vertragszölle in Anspruch genommen werden, ist zuweilen die Beibringung eines Ursprungszeugnisses erforderlich. Desgleichen ist bei Waren, deren Einfuhr einer besonderen Bewilligung unterliegt, diese beizubringen (Z. D. § 19, 79, A. U. § 56, Vorschrift vom Jahre 1857, § 16 und § 4 D. V. vom Jahre 1882).

Die Warenerklärungen über die auf Schiffen eingeführten Waren müssen binnen 24 Stunden nach der Landung eingebracht werden (§ 54 Z. D.). Außerdem muß in der Nähe der Seeküste in der Regel jedes Waren führende Schiff das sogenannte Schiffsmanifest haben und auf Verlangen vorweisen. Es enthält eine Liste aller verladenen Waren (Schiffsmanifestordnung vom Jahre 1891).

Keine eigentlichen Zollerklärungen sind die statistischen Anmeldungen, welche bei Einfuhrwaren, ausgenommen Postsendungen, zugleich mit den Zollerklärungen beizubringen und mit eigenen Wertmarken zu stempeln sind (Gesetz vom 26. Juni 1890, R. G. Bl. Nr. 132, Ministerialverordnung vom 28. Dezember 1900, Wdg. Bl. Nr. 189).

Rücksichtlich der Behandlung von Waren, welche verboten sind, oder zu deren Verzollung oder Anweisung das Grenzzollamt nicht befugt ist, stehen unsere Zollvorschriften grundsätzlich noch auf dem Standpunkte der Grenzsperrre. Verbotene Waren werden nicht hereingelassen; alle anderen Waren können bei Grenzzollämtern, welche wenigstens entsprechende Anweisungsrechte haben, ein- und austreten. Bei beschränkter Befugnis müssen die betreffenden Waren auf dem gleichen Wege (der für sie ein verbotener Nebenweg ist) ins Ausland zurückgeschafft werden. Nötigen Falls kann auch amtliche Verwahrung verfügt oder ein Strafverfahren eingeleitet werden. Die Verwahrung darf in solchen Fällen zwei Monate nicht überschreiten, worauf unter gewissen Voraussetzungen die Feilbietung eingeleitet werden kann (Z. D. §§ 22, 29, 53, 80, A. U. §§ 31, 57).

Ganz ähnlich wie bei Waren, zu deren Verzollung oder Anweisung das Zollamt nicht befugt ist, wird vorgegangen, wenn eine ordentliche Erklärung nicht beigebracht wird. Es kann ohne weiteres verlangt werden, daß die Ware ins Ausland zurückgeschafft werde. Doch ist nach Möglichkeit amtliche Verwahrung bis zur Beibringung der Erklärung vorgesehen (§ 53 Z. D.). Erklärungen, welche wesentliche Mängel aufweisen (Z. D. § 66, A. U. § 85), sind als nicht vorhanden anzunehmen. Doch können Reisepäck und Postwagengüter trotz mangelnder Erklärung weiter angewiesen werden (Z. D. §. 69, A. U. § 98). Bei unwesentlichen Mängeln ist Ergänzung durch Parteieinvernahme vorgesehen (Z. D. § 67). Ebenso wie bei fehlenden Erklärungen wird vorgegangen bei Mangel der nötigen Einfuhrsbewilligung (§ 79 Z. D.), bei Widerseßlichkeit der Partei (§§ 115 und 150 Z. D.), Verweigerung der Sicherstellung (§ 150 Z. D., § 106 A. U.).

In der Praxis dürfte die Zurückweisung hauptsächlich bei verbotenen Waren vorkommen; dagegen selten wegen Unzuständigkeit oder mangelnder Erklärung, weil im abgekürzten Ansageverfahren des Post- und Eisenbahnverkehrs die Waren an die zuständigen Zollämter geleitet werden und die Verzollung auf Grund mündlicher Erklärung oder auf Grund des Beschaubefundes in weitem Maße vorgesehen ist.

Inhaltlich muß die Warenerklärung die gesetzlich vorgeschriebenen äußeren und inneren Erfordernisse ausweisen. Die Menge ist im Sinne des Tarifes nach Kilogramm, Stück oder Tonne anzugeben, das Gewicht je nach Tarif als Roh- oder Reingewicht (Brutto, Netto); für die Taraberechnung besteht eine eigene Vorschrift (Z. D. §§ 59—65, und Zolltarifgesetz vom Jahre 1882).

Nach Prüfung und allfälliger Ergänzung der Erklärung wird die äußere und innere Untersuchung der Ware zur Feststellung der Übereinstimmung mit der Warenerklärung vorgenommen. In der Regel geschieht dies auf dem Amtsplatze in Gegenwart von zwei Beamten und der Partei, welche auf ihre Teilnahme nur schriftlich verzichten darf und die nötigen Handarbeiten (Koffer öffnen u. dgl.) selbst verrichten muß. Unrichtigkeiten der Erklärung, welche bei der Untersuchung erhoben werden, bleiben in der Regel, wenn sie 10 von 100 nicht übersteigen, straffrei, andern Falls kann das Strafverfahren eingeleitet werden. Auch kann im Grunde besonderer Polizeivorschriften u. dgl. nötigen Falls Anweisung an ein anderes Amt oder amtliche Verwahrung verfügt werden. In zweifelhaften Fällen wird entweder von Amts wegen oder auf Parteiansuchen (und =Kosten) ein fachmännisches Gutachten eingeholt (Probeentnahme und Siegelung amtlich). Nach Vollzug der Untersuchung ist der Beschaubefund entsprechend ersichtlich zu machen und ordentlich zu fertigen (B. D. §§ 83—93, 113—117, A. U. 59—77, Punkt 10 der Ministerialverordnung vom 25. Oktober 1874, R. G. Bl. Nr. 134).

Außer dem eigentlichen Zoll sind auch verschiedene Nebengebühren (Waggeld, Siegelgeld, Drahtschnurgebühr, Bettelgeld, Lagerzins) zu entrichten. Der Zoll ist seit jeher in Gold zu leisten, bezw. nach einem Goldfuß, der auch nach Einführung der Goldkronenwährung unverändert erhalten wurde, so zwar, daß ein 10 K-Goldstück nur für 4 fl. 20 fr. angenommen und bei Silbergulden (desgleichen bei Kronen und Scheidemünzen, die aber nur beschränkt zugelassen sind), ein besonderes, monatlich wechselndes Aufgeld eingehoben wird. Die Journalisierung und Abrech-

nung erfolgt in Kronenwährung, die Registerführung (entsprechend der Einhebung) in Goldgulden; die Überrechnung und die Ausgleichung der Unterschiede geschieht in sehr umständlicher Weise, teilweise durch Einstellung von Münzgewinn oder Münzverlust (Zolltarifgesetz und Durchführungsvorschrift vom Jahre 1882 und Ministerialverordnung vom 13. Oktober 1904, Bdg. Bl. Nr. 153).

Die Schwerfälligkeit und Rückständigkeit dieser Geldgebarung bedarf dringendst einer Abhilfe, die übrigens in dem bestehenden Entwurf eines neuen Zolltarifgesetzes vorgesehen ist.

Bei der Einfuhr verzehrungssteuerpflichtiger Gegenstände (Zucker, Bier, Branntwein, Mineralöl) ist neben der Zollgebühr auch die betreffende Verbrauchsabgabe (Verzehrungssteuer) einzuhoben (Ministerialerlaß vom 20. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 125). Desgleichen bei Spielfarten der Stempel, bei Tabak eine besondere Lizenzgebühr.

Die Einbringung der Zollgebühren ist durch eine weitgehende Haftung der Ware selbst und durch eine mehrfache persönliche Haftung nach Möglichkeit gesichert (Z. D. § 198 u. ff.).

Bei verdorbenen Waren kann amtliche Vertilgung ohne Zollentrichtung gestattet werden, bezw. Anwendung geringerer Zollsätze (§ 217 Z. D., § 74 A. U., Art. IX/7 Zollgesetz).

Rechnungsverstöße werden durch Aufforderung zur Nachzahlung, bezw. durch Rückerstattung (teilweise ohne höheren Auftrag) erledigt. Ausnahmsweise wird auch die Rückerstattung der Gebühr bei geänderter Bestimmung (zur Rückausfuhr) gestattet; bei Postsendungen geschieht dies wegen Unbestellbarkeit oder Annahmeverweigerung ohne weiteres, wenn dieselben unbehoben in postamtlicher Verwahrung verblieben (Z. D. § 219, Finanzministerial-

erlaß vom 12. September 1897, Z. 45.461, Ministerialverordnung vom 4. Jänner 1881, Bdg. Bl. Nr. 3 und vom 12. April 1891, Bdg. Bl. Nr. 12).

Gleicher Weise können Rücksendungen (insbesondere unbehobene Postgüter und bezeichnete Gold- und Silberwaren) unter gewissen Voraussetzungen von den Zollämtern selbst ohne weiteres zollfrei abgefertigt werden (Ministerialverordnung vom 4. Jänner 1881, Bdg. Bl. Nr. 3 und vom 12. Juni 1884, Bdg. Bl. Nr. 23).

Die Verbuchung geschieht in verschiedenen Registern (insbesondere Erklärungs-, Begleitschein-, Einnahme- und Vormerkregister); als Bestätigung der Zollentrichtung dient in der Regel eine Zollquittung, welche nötigen Falls zur weiteren Deckung der Ware verwendet werden kann. Mit der Wegbringung der Ware vom Zollamte schließt sodann das gewöhnliche Verfahren der Einfuhrsverzollung (Z. D. § 98, A. U. III. T. und §§ 78, 79).

Für Ausnahmefälle sind Zolborgungen vorgesehen, insbesondere für Zuckersiedereien, für Großaufleute und Großunternehmer, welche viel zollpflichtige Waren beziehen und entsprechende Sicherstellung (mit Widmungsurkunde) leisten. Der Kredit wird theils von den hiezu ermächtigten Hauptzollämtern selbst, theils von den Finanz-Landesbehörden in der Weise gewährt, daß größere Zollbeträge unverzinslich viertel- oder halbjährig nachhinein entrichtet werden dürfen. Der Kreditberechtigte hat über die geborgten Beträge „Anerkennnisse“ auszustellen, welche ihm bei der Zahlung rückerstattet werden (Vorschrift vom 15. Jänner 1862, R. G. Bl. Nr. 6).

Für die Entscheidung von Streitfällen zwischen Parteien und f. f. Zollämtern hinsichtlich der Bemessung der Zollgebühren ist ein eigenes Verfahren vorgesehen.

Macht eine Partei den Vorbehalt des Rekurses gegen den Befund des Zollamtes, so ist der Streitfall amtlich zu protokollieren und die Partei kann sich die Einbringung besonderer Rekursausführungen binnen 30 Tagen vorbehalten. Das Protokoll wird binnen drei Tagen (nach Aufnahme des Protokolles, bezw. Einlangen des besonderen Rekurses) unmittelbar an das k. k. Finanzministerium vorgelegt u. zw. in der Regel unter Anschluß beglaubigter Muster. Das Finanzministerium entscheidet sodann im Einvernehmen mit dem Handelsministerium in der Regel nach Anhörung des „Zollbeirates“ und veranlaßt die unverzügliche Verständigung des Zollamtes und der Partei (Ministerialverordnung vom 12. Mai 1892, R. G. Bl. Nr. 77 und vom 20. August 1903, R. G. Bl. Nr. 168).

6. Ausfuhr und Durchfuhr.

Eine Vergleichung der Zwecke und der zu lösenden Aufgaben bei der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr dürfte das Verständnis wesentlich fördern. Der Einfuhrszoll ist, grundsätzlich wenigstens, eine Besteuerung des Verbrauches ausländischer Waren; in der Einfuhr ist demgemäß die Zollpflicht Regel, die Zollfreiheit Ausnahme. Alle Waren werden bei der Grenzüberschreitung gestellt, u. zw. zum Zwecke der Verzollung oder zur Anerkennung der Zollfreiheit. Das Zollverfahren muß sich infolge dessen in erster Linie an der Grenze selbst abwickeln, was nur dadurch teilweise erspart wird, daß die erst im Inland zu verzollenden Waren unter Amtverschluß an ein Inlandszollamt gehen. Die Allgemeinheit und Bedeutung des Einfuhrszolles erheischt es, daß Waren und Reisende auf jeden

Fall auch von der Grenze weg bis zum Bestimmungsort überwacht werden und zollamtlich gedeckt sein müssen.

Ganz anders in der Ausfuhr. Hier ist die Stellung bei einem Inlandsamte für die Parteien das einfachste, und der Staat hat, da die Zollfreiheit in der Ausfuhr Regel ist, im allgemeinen keinen Grund, die Stellung im Inland zu verbieten. Dem Staat kann es zumeist gleichgültig sein, ob zollfreie Waren, selbst wenn sie den Weg zur Grenze nehmen, wirklich austreten, oder im Inland bleiben; er braucht lediglich an der Grenze selbst darauf zu achten, daß keine zollpflichtigen Haderu u. dgl. ohne Zollentrichtung und keine verbotenen Waren über die Grenze austreten, und daß die ganze Ausfuhr zu statistischen Zwecken vermerkt werde. Ein Grund zu besonders strenger Überwachung der Ausfuhr besteht dagegen bei jenen Waren, an deren Austritt der Staat gewisse Vorteile für die Partei (Steuer- oder Zollvergütung u. dgl.) knüpft. Hier handelt es sich nicht wie bei der Einfuhrabfertigung um eine Vorschrift, sondern um eine Gestattung, die an die Bedingung geknüpft wird, daß der Austritt erwiesen werde. Daraus erklärt es sich hinlänglich, warum bei Waren, deren Austritt erwiesen werden muß, ein besonders strenges Begleitscheinverfahren eingeführt ist, während bei der sonstigen Ausfuhr der Staat sich mit einer Erklärung bei einem Inlandszollamt und mit einer stichweisen Untersuchung bei der Grenzüberschreitung begnügt.

Für die Durchfuhr gelten ganz die gleichen Gesichtspunkte wie für jene Ausfuhrwaren, deren Austritt erwiesen werden muß. Der Staat hat hierbei vorzusehen, daß die Ware in unverändertem Zustand wieder austrete und daß keine Umgehung des Einfuhrzolles erschlichen werde. Bei

einer Durchfuhr mit zwischenliegender Einlagerung ist daher wesentlich, daß die Ware weder bei der Einfuhr noch bei der Ausfuhr und Einlagerung außer Amtsaufsicht kommt.

In der Ausfuhr ist die Zollfreiheit Regel, von welcher nur eine Ausnahme für Hadern und ähnliche Hilfsmittel der Papiererzeugung besteht.

Die Grundlage der Austrittsabfertigung bildet die Erklärung, welche in der Regel schriftlich sein muß und auch auf einer Abschrift des Frachtbriefes abgegeben werden kann. Für Reisende und für gewisse kleinere Warenmengen ist (wohl nur bei Erklärung beim Grenzzollamt, nicht im Anweisungsverfahren) mündliche Erklärung vorgesehen. Außer der Zollerklärung ist eine statistische Anmeldung beizubringen. Musterkarten und Muster werden vom Zollverfahren freigelassen. Das Zollverfahren in der Ausfuhr besteht in der äußeren und teilweise, je nach dem Zwecke, auch in der inneren Untersuchung. Auf Grund derselben wird die zollamtliche Bestätigung über das Zollverfahren erteilt; bei schriftlicher Erklärung gewöhnlich auf dieser oder auf dem Frachtbriefe, bei mündlicher mittels Legitimationscheines, welcher auf Verlangen auch an Reisende ausgestellt wird (Z. D. § 51, A. U. §§ 80—92, § 3 der Vorschrift vom 7. Juni 1853, Gesetz vom 26. Juni 1890, R. G. Bl. Nr. 132 u. a.).

Das Verfahren ist im übrigen wesentlich verschieden, je nachdem der Austritt nachgewiesen werden muß oder nicht.

A. Bei Waren, deren Austritt nachgewiesen werden muß, ist der Austritt nur auf einer Zollstraße (Bahn) gegen Anmeldung beim Grenzzollamte gestattet und hat ohne Aufschub und ohne Unterbrechung zu geschehen (§ 152 A. U.). Das eigentliche Zollverfahren erfolgt in der Regel beim Grenz-

zollamt, ausnahmsweise (bei Bahn- und Schiffsbenutzung) bei einem Inlandszollamte. Das Anweisungsverfahren ist hiebei teilweise nicht bloß gestattet, sondern vorgeschrieben, weil es sich häufig darum handelt, daß die Ware schon von der Erzeugungsstätte weg unter Amtsaufsicht bleibt.

Im folgenden wird eine gedrängte Übersicht der Waren, deren Austritt erwiesen werden muß, gegeben.

Für Zucker ist die Ausfuhr aus der Erzeugungsstätte oder aus einem Freilager ins Ausland ohne Entrichtung der Verzehrungssteuer gestattet, wogegen Ausfuhrprämien auf Grund des Brüsseler Vertrages vom 5. März 1902, R. G. Bl. Nr. 25 (1903) und des Gesetzes vom 31. Jänner 1903, R. G. Bl. Nr. 26, nicht mehr gewährt werden. Jede Sendung ins Ausland ist mit der vorgeschriebenen (auch den Begleitschein vertretenden) Erklärung nicht bei einem Zollamte, sondern bei der überwachenden Finanzwache anzumelden und wird nun unter Verschuß an ein zur Ausfuhrabfertigung ermächtigtes Grenzzollamt angewiesen. Das Nähere ist den Zuckersteuervorschriften (Gesetz vom 20. Juni 1888, R. G. Bl. Nr. 97, kaiserliche Verordnung vom 17. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 120, Vollzugsvorschrift vom 29. August 1903, R. G. Bl. Nr. 176) zu entnehmen.

Branntwein kann unversteuert ausgeführt werden; bei versteuertem wird ein Teil der Verzehrungssteuer rückvergütet; außerdem wird in jedem Falle eine kleine Ausfuhrprämie gewährt. Die Abfertigung erfolgt auch im Inland teils bei Zollämtern, teils bei der Finanzwache im Anweisungsverfahren ans Grenzzollamt (Gesetz vom 20. Juni 1888, R. G. Bl. Nr. 95, kaiserliche Verordnung vom 17. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 120, Gesetz vom 8. Juli 1901, R. G. Bl. Nr. 86, Vollzugsvorschrift vom 21. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 130 und vom 20. August 1904, R. G. Bl. Nr. 93).

Die Biersteuer kann bei der Ausfuhr ins Ausland rückvergütet werden; die Abfertigung erfolgt ähnlich wie

bei Zucker und Branntwein entweder bei einem Inlandszollamt oder bei der Finanzwachabteilung im Anweisungsverfahren. Die Zollabfertigung kann entweder beim Inlands- oder beim Grenzzollamte geschehen (kaiserliche Verordnung vom 17. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 120, Vollzugsvorschrift vom 21. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 129 und vom 11. August 1903, R. G. Bl. Nr. 167).

Auch für Mineralöl ist die steuerfreie Ausfuhr ähnlich wie für Zucker im Anweisungsverfahren vorgesehen (Gesetz vom 26. Mai 1882, R. G. Bl. Nr. 55, Vollzugsvorschrift vom 9. Juli 1903, R. G. Bl. Nr. 143).

Spiellkarten sind, wenn sie unter amtlicher Aufsicht ausgeführt werden, vom Spielkartenstempel befreit. Die Ausfuhr erfolgt mit Begleitschein (1 Stück der dreifachen Erklärung dient als solcher, Finanzministerial-Verordnung vom 27. Oktober 1881, R. G. Bl. Nr. 127).

Auch die Tabakausfuhr erfolgt, soweit sie gestattet ist, im Begleitscheinverfahren.

Gold- und Silberwaren inländischen Ursprunges können unter Aufsicht im Begleitscheinverfahren ohne Pünzierung ausgeführt werden. Das gleiche gilt für ausländische Gold- und Silberwaren, welche zur Pünzierung nicht geeignet sind und zurückbefördert werden müssen (Gesetz vom 26. Mai 1866, R. G. Bl. Nr. 75, Vollzugsvorschrift Bdg. Bl. Nr. 47 von 1866 und Finanzministerialerlaß vom 21. Februar 1905, Bdg. Bl. Nr. 19).

Weiters muß der Austritt erwiesen werden bei allen Durchfuhrswaren (auch bei zwischenliegender Einlagerung), bei Gegenständen des Vormerkverfahrens, wo es sich darum handelt, daß die zollfreie Einfuhr an die Bedingung der Wiederausfuhr geknüpft ist (Veredlungsverkehr) oder daß bei der Rückeinfuhr der inländische Ursprung erwiesen wird (Lösungs- und Rückwaren), endlich bei Waren, welche, ohne aus der Amtsverwahrung zu treten, ins Ausland zurückkehren (wegen Unbestellbarkeit oder Annahmeverweigerung).

Endlich ist die Austrittsnachweisung teilweise infolge Vertragsvereinbarung mit Nachbarstaaten eingeführt.

In allen diesen Fällen kommt das Begleitschein- oder abgekürzte Ansageverfahren zur Anwendung.

B. Bei der Ausfuhr anderer Waren ist auch im Falle der Erklärung bei einem Inlandszollamte die Einhaltung der Zollstraße und die Stellung beim Grenzzollamte nicht vorgeschrieben. In diesem Falle nimmt das Inlandszollamt die Beschau vor und bestätigt dies (auf dem Frachtbriefe oder auf der Erklärung unter Eintragung ins Notizregister). Bei der Grenzüberschreitung genügt dann die Stellung bei einem mit der Zollkontrolle betrauten Organe (A. U. § 153, Vorschrift vom 7. Juni 1853, siehe auch S. 25).

Die Partei kann übrigens (u. zw. auch im Bahnverkehr) die Erklärung erst beim Grenzzollamt beibringen, welches in diesem Falle die Beschau und Abfertigung vornimmt.

Wesentlich vereinfacht ist das Verfahren noch bei Postsendungen ins Ausland. Hierbei werden jene Sendungen, deren Austritt nicht nachgewiesen werden muß, von der Post selbst abgefertigt, welche die Zollerklärung und die statistische Anmeldung entgegennimmt und erstere mit der Sendung weiterbefördert, letztere abstreift und ihrem Zwecke zuführt.

Die Anhaltung von Reisenden beim Austritt über die Grenze ist wohl zulässig, wird aber in der Praxis in der Regel nicht mehr geübt.

7. Zollbefreiungen und Begünstigungen.

Eine große Bedeutung haben im Zollwesen die Bestimmungen über Befreiungen und Begünstigungen, die sich im Zolltarifgesetze vom 25. Mai 1882 und in der Durchführungsverordnung hiezu, bezw. in den Änderungen und Nachträgen vom 21. Mai 1887 (R. G. Bl. Nr. 55—59)

finden. Hier kann es sich selbstverständlich nur um eine Übersicht und um allgemeine Gesichtspunkte handeln.

Unbedingt, d. i. unter allen Umständen zollfrei sind nur die im Tarife selbst als solche bezeichneten Gegenstände (z. B. frisches Obst, Milch, Bienenstöcke u. a.).

Einen viel größeren Umfang haben die bedingten Zollfreiheiten und Begünstigungen, d. i. jene, welche an besondere Bedingungen und bestimmte Nachweisungen geknüpft und theils im Tarife selbst, theils im Tarifgesetze (Art. VII—XIII), bezw. in besonderen Verordnungen vorgesehen sind. Beinahe alle Befreiungen (ausgenommen den Bezug von Monopolsgegenständen für Staatsfabriken, Militärausrüstung, Amtserfordernisse, gemeinsame Eisenbahnbauten an der Grenze) kommen hauptsächlich Privatparteien zu Gute. Gleichwohl liegen den Befreiungen und Begünstigungen fast durchwegs öffentliche Rücksichten insofern zu Grunde, als durch die Gewährung derselben gewisse Zwecke von allgemeiner Bedeutung gefördert werden sollen.

Besondere Rücksichten sind der Entwicklung heimischer Industriezweige vor allem im Großbetriebe zugebracht. In diesem Sinne wird für bestimmte Betriebsgattungen (z. B. Teppichfabrikation) der zollfreie Bezug von Rohstoffen auf Grund besonderer Erlaubnißscheine, desgleichen (ohne Beschränkung auf die Betriebsgattung) ein zollbegünstigter Bezug von Maschinen und Maschinenbestandteilen, welche im Inlande nicht erzeugt werden können, von Salz für chemische Fabriken u. ä. gestattet. Aus gleichen Rücksichten ist die zollfreie Einfuhr zu Zwecken des Schiffbaues vorgesehen.

Während es sich in allen diesen Fällen hauptsächlich um inländischen Gebrauch oder Verbrauch handelt, soll

durch den begünstigten Veredlungsverkehr und Lösungsverkehr (Ausfuhr auf unbestimmten Verkauf) auch die Ausfuhr ins Ausland gefördert werden. Wie im Abschnitte über das Vormerkverfahren erläutert wurde, haben diese Begünstigungen ein großes Anwendungsgebiet gewonnen.

Die Zollfreiheit für gewisse Getreideeinfuhren in Dalmatien und die vorgesehene Möglichkeit zeitweiliger zollfreier Getreideeinfuhr fallen in das Gebiet der Nahrungsfragen und ermöglichen bei schlechten Ernten oder bei unlaunteren Preisbildungen einige Abhilfe von Staats wegen. Auch die Begünstigungen des Grenzverkehrs und verschiedene besondere Begünstigungen für die Einfuhr zur See betreffen größtenteils diese und ähnliche allgemeine Lebensfragen, wie z. B. die notwendige Freiheit des täglichen Kleinverkehrs und der wirtschaftlichen Betätigung.

Aus Humanitätsrücksichten, wegen Armut und Unterstützungsbedürftigkeit ist die Zollfreiheit vorgesehen für Kirchengüter, Gaben und Geschenke aus Anlaß von Elementarereignissen und überhaupt für Mittellose. Verschiedene andere öffentliche Rücksichten sind im Spiele bei der Zollfreiheit für Gegenstände der Kunst und Wissenschaft, anatomische Präparate, Skelette und Leichen, Antiquitäten, Gegenstände gerichtlicher Verhandlungen u. a.

Nach Ausscheidung der angedeuteten Fälle bleibt noch die Gruppe jener Begünstigungen übrig, welche dem Einzelnen zugedacht sind und den Zweck haben, die Freizügigkeit zu schützen, um die staatsgrundgesetzlich gewährleistete persönliche Freiheit auch auf die eigentliche Habe, Kleidung, Einrichtung u. dgl. auszudehnen und diese Freiheit nicht durch Zollvorschriften zu beschränken. Allerdings ist nicht diese Rücksicht auf die Person allein maßgebend, sondern

auch der Anteil, den der Staat an der Verkehrsentwicklung nehmen muß. Je mehr sich gerade der Personenverkehr, das Reisen zum Vergnügen entwickelt, desto schwieriger wird die Zollaufsicht für den Staat und desto lästiger für den einzelnen. Die unvermeidliche Langsamkeit der Einzeldurchsuchungen ist mit der steten Steigerung der Zugsgeschwindigkeiten schlecht vereinbar. Zu große Belästigung würde abschreckend und nachteilig wirken; zu lose Handhabung kann großen Ausfall bringen. Im allgemeinen scheint die Praxis selbst den richtigen goldenen Mittelweg zu finden.

Die Zollfreiheit im angedeuteten Sinne ist vorgesehen für Habschaften der Einwanderer, Ausstattungsgegenstände bei Verheirathungen, Erbschaftsgegenstände, endlich für Reisegepäck und Reisehilfsmittel. Letztere Bestimmung ist ihrer Bedeutung entsprechend ausführlich erläutert (Art. IX), indem erklärt wird, was unter Reisegepäck im allgemeinen zu verstehen ist, unter welchen Voraussetzungen Wägen und andere Fahrzeuge zollfrei sind. Weiters ist die Freiheit von Schiffsproviand, von Mustern und Musterkarten, von bloßen Packungen und ganz kleinen Warenmengen überhaupt (unter 25 g, bezw. 2 Kreuzer Zoll) vorgesehen.

Den Erfordernissen eines ungehinderten Personenverkehrs ist schon in der Zollordnung Rechnung getragen, indem die rascheste Abfertigung der Reisenden vielfach angeordnet ist (Z. D. §§ 118 und 119). Zahlreiche andere Verordnungen streben den gleichen Zweck theils für den Verkehr im allgemeinen, theils für bestimmte Verkehrsmittel an, wie für Automobile, Fahrräder (Vormerkung und Sicherstellung bei Reisen ins Ausland und Rückkehr).

8. Zuständigkeit.

Die Bestimmungen über die Zuständigkeit im Zollwesen sind sehr eigenartig; sie sind zudem ungemein umständlich und mannigfaltig. Der Grund ist, abgesehen von der fehlenden Einheitlichkeit der Vorschriften, darin zu suchen, daß den Zollämtern im Gegensatz zu sonstigen Zollstellen eigentlich eine doppelte Aufgabe zufällt: die Bemessung der Gebühr, also eine Entscheidung und die Einhebung, eine bloße Vollzugshandlung. Gerade die Vereinigung dieser beiden Aufgaben, deren Trennung im sonstigen Steuerwesen eine erhöhte Sicherheit sowohl für den Staat, wie für die Parteien gewährleistet, rechtfertigt eine gewisse Vorsicht bei Feststellung des Wirkungskreises der Zollämter. Dagegen verträgt das Bedürfnis des Verkehrs nicht leicht Beschränkungen, und die Folge davon sind zahllose Erweiterungen des Wirkungskreises, theils im allgemeinen, theils für einzelne Zollämter (durch Einzelfundmachungen), wodurch die Einheitlichkeit sehr gelitten hat. Der Eisenbahn- und der Postverkehr mit ihrer Entwicklung vertragen kaum mehr eine umständliche Prüfung des Wirkungskreises und bei Verzollungen ohne Erklärung, auf Grund des Befundes, ist eine vorherige Prüfung der Zuständigkeit ziemlich ausgeschlossen. Durch das Anweisungsverfahren und durch nachträgliche Nachsicht der Befugnisüberschreitung wird allerdings in den meisten Fällen, wenn auch zuweilen mit einem kleinen Umwege Abhilfe getroffen. Wenigstens ergeben sich in der Praxis bei den Hauptzollämtern und Nebenzollämtern I. Kl. nicht leicht besondere Schwierigkeiten, weil deren Verzollungsbefugnis sehr ausgedehnt und das Anweisungsrecht unbe-

beschränkt ist. Am größten sind also tatsächlich die Schwierigkeiten der Zuständigkeit bei den Nebenzollämtern II. Kl.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, alle Bestimmungen über den Wirkungsbereich in Zollsachen zu sammeln (Bezüglich der Zollämter siehe das Verzeichnis, Ministerialverordnung vom 22. Dezember 1900, R. G. Bl. Nr. 14/1901.) Für den hier beabsichtigten Zweck kann es sich jedoch nur um einen Überblick und um allgemeine Gesichtspunkte handeln.

Wirkungsbereich der Zollämter. I. Bei der Einfuhr. Die regelrechte Zuständigkeit zur Einfuhrsverzollung ist aus dem der Durchführungsvorschrift vom 25. Mai 1882 (R. G. Bl. Nr. 49), beigegebenen Verzeichnisse B (abgeändert mit Ministerialverordnung vom 21. Mai 1887, R. G. Bl. Nr. 56) ersichtlich. Darin ist für jede einzelne Warengattung angegeben, welches Zollamt (Hauptzollamt I. oder II. Kl. oder Nebenzollamt I. oder II. Kl.) zur Abfertigung befugt ist, so zwar, daß die Befugnisse eines niedriger gestellten Amtes auch allen höheren zustehen (§ 21 D. V.). Neben diesem Verzeichnisse sind jedoch die Verzollungsbefugnisse in der Durchführungsvorschrift selbst (§ 21) derart erweitert, daß jeder Art von Zollämtern ohne Rücksicht auf die Warengattung das Verzollungsrecht bis zu gewissen Wertgrenzen (Hauptzollämter II. Kl. bis 150 fl., Nebenzollämter I. Kl. bis 75 fl., Nebenzollämter II. Kl. je nach Zollhöhe 15 fl., bzw. 5 kg) zusteht.

Dieser als regelrecht bezeichnete Wirkungsbereich gilt jedoch nur unter den folgenden zwei Voraussetzungen:

1. Daß zur Einfuhr nicht eine besondere Bewilligung erforderlich ist. In diesem Falle, der insbesondere bei Monopolgegenständen, dann im Grunde besonderer Polizei-

vorschriften, dann bei bedingten Zollbefreiungen und Begünstigungen (auch bei Rücksendung inländischer Waren aus dem Auslande) eintritt, ist die Beibringung der nötigen Bewilligung Voraussetzung der Zollabfertigung. Die bewilligende höhere Finanzbehörde kann hierbei die Erlaubnis zur Zollabfertigung wohl auch über den regelrechten Wirkungskreis hinaus erteilen.

Zur Abfertigung von Tabak als Reisegepäck bis 2·8 kg sind alle Zollämter, für andere Fälle bis 7·5 kg gewisse Hauptzollämter ohne höhere Bewilligung ermächtigt (Ministerialverordnung vom 14. Juni 1879, Bdg. Bl. Nr. 36 u. a.).

2. Zweite Voraussetzung der regelrechten Zuständigkeit ist, daß eine ordnungsmäßige schriftliche Zollerklärung vorliegt.

Die Verzollung kann nämlich, wie bereits angedeutet, ausnahmsweise auch ohne schriftliche Erklärung erfolgen, u. zw. a) nach Beschaubefund. Hierzu bedürfen jedoch die Zollämter in der Regel einer höheren Ermächtigung und können ohne solche nur abfertigen Reisende mit ihrem Gepäck im Eisenbahnverkehr und bei sprachlichen Schwierigkeiten der Verständigung, sowie Warenführer, welche ausdrücklich die Verzollung nach Befund begehren. Einige bestimmte Hauptzollämter haben in dieser Richtung einen sehr erweiterten Wirkungskreis. Übrigens können die Bezirksdirektionen (auch im kurzen Wege) in gewissen Fällen zu Gunsten des Eisenbahn-, Post- und Reisendenverkehrs, die Finanzlandesbehörden unbeschränkt die Zollabfertigung nach Befund erlauben (N. U. §§ 49, 197, Ministerialverordnung vom 25. Oktober 1874, N. G. Bl. Nr. 134 u. a.).

b) In ähnlicher Weise ist die Verzollung auf Grund mündlicher Erklärung, für Reisegepäck und für gewisse minder wertvolle Sendungen (bis 15 fl. Zoll u. a. ohne höhere Bewilligung) gestattet (B. D. § 63, Punkt 4 der Ministerialverordnung vom 25. Oktober 1874 u. a.).

Es liegt auf der Hand, daß die ausnahmsweise Erlassung der schriftlichen Zollerklärung, als eine bloße Förmlichkeit, nicht eine sachliche Erweiterung der Verzollungsbefugnisse bedeuten kann. Wenn dem Warenführer die Verzollung nach Befund gestattet wird, und der Befund ergibt, daß die Verzollung nicht im Wirkungskreise des betreffenden Zollamtes liegt, so ist dieses eben nicht zur Verzollung befugt. Die Schwierigkeiten, welche sich hieraus ergeben, werden schließlich durch Anweisung oder zeitweilige Hinterlegung, oder durch Verzollung mit Bewilligung oder nachträglicher Genehmigung der Befugnisüberschreitung überwunden. Derartige Genehmigungen können sogar vierteljährig mittels einfacher Verzeichnisse bei den Landesbehörden eingeholt werden (Finanzministerialerlaß vom 21. September 1899, Z. 40.948). Nichtsdestoweniger sind diese Auswege Umwege, mit Verlust an Zeit und Mühe, die eigentlich nichts anderes beweisen, als die Unzweckmäßigkeit der ganzen Ordnung der Zuständigkeit. Schließlich dürfte in der genauen Rechnungszenzur und Beaufsichtigung der Zollämter ein ausreichendes Mittel liegen, um eine besondere Abstufung der Zollämter nach den Verzollungsbefugnissen entbehrlich zu machen.

II. Bei der Ausfuhr unterliegt das Abfertigungsbefugnis für jene Waren, deren Austritt nicht erwiesen werden muß, nur bei Nebenzollämtern II. Kl. kleinen Beschränkungen. Bei Waren, deren Austritt erwiesen werden muß, darf dagegen die Austrittsbestätigung nur von Hauptzollämtern und teilweise von gewissen Nebenzollämtern erteilt werden. Bei Begünstigungen des Veredlungsverkehrs wird meist der Austritt bei bestimmten Zollämtern (Vormerkverfahren) vorgeschrieben (D. V. §§ 22, 23).

III. Auch die Befugnisse der Zollämter bei der Anweisung und Durchfuhr sind ziemlich umständlich. Im Anweisungsrechte sind nur die Nebenzollämter II. Kl. u. zw. auf Reisegepäck und auf jene Waren beschränkt, zu deren Verzollung sie befugt sind. Bei Durchfuhrwaren sind sogar die Befugnisse der Nebenzollämter I. Kl. mehrfach beschränkt (D. B. § 23). Was über die Umständlichkeit und Ungleichmäßigkeit infolge solcher Verschiedenheiten bei der Einfuhr bemerkt wurde, gilt entsprechend auch für die Ausfuhr und Durchfuhr.

IV. Die Befugnis zur Durchführung des Vormerkverfahrens bei den Zollämtern deckt sich mit den Verzollungsbefugnissen, insoweit nicht eine besondere höhere Bewilligung erforderlich ist.

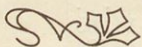
Im Gegensatz zu den vielfachen Beschränkungen der Verzollungsbefugnisse stehen die Rechte, die den Zollämtern bei gewissen Rückvergütungen im eigenen Wirkungskreise (bei unbehobenen Postsendungen, kleinen Rechnungsverstößen), bei Zollborgungen, Übernahme und Rückgabe von Sicherstellungen u. a. eingeräumt sind und die sich zur Vermeidung von Weitläufigkeiten gut bewähren. In dieser Beziehung haben die Zollämter eine Art Anweisungsrecht, das sonst den Zahlstellen in der Regel entzogen ist (siehe S. 39).

Wirkungskreis der höheren Behörden. Insoweit der Wirkungskreis der Zollämter überhaupt einer Ergänzung durch höhere Bewilligung oder Genehmigung bedarf (bei gewissen Verzollungen, Befreiungen, Begünstigungen, Vergütungen in rücksichtswürdigen Fällen), sind die Finanzbezirksdirektionen, die Finanzlandesbehörden und schließlich das Finanzministerium zur Erledigung berufen. Der

Wirkungskreis ist insbesondere für die Finanzlandesbehörden wiederholt erweitert worden, wobei das Bestreben nach Vereinfachung, Beschleunigung und nach Fortschritt unverkennbar ist (Wirkungskreis der Finanzlandesbehörden vom 29. Mai 1874, Z. 1181 F. M. und vom 14. September 1902, Z. 3749 F. M., Finanzministerialerlaß vom 22. September 1902, Z. 33.536 und vom 7. Februar 1903, Z. 6164).

Ein näheres Eingehen auf Einzelbestimmungen würde den Zweck dieses Aufsatzes überschreiten.

Auch ein näheres Eingehen auf die einschlägigen Bestimmungen des Gefällsstrafgesetzes ist hier nicht beabsichtigt. Wie groß auch die Rolle ist, die gerade das Zollwesen mit seinen zahllosen Möglichkeiten von Gefällsverfürgungen in Gefällsstrafsachen spielt, so sind diese doch ein Gebiet für sich. Das Gefällsstrafgesetz hat darin trotz seiner Altertümlichkeit eine gewisse Einheitlichkeit bewahrt, die dem Verständnisse ebenso zu Gute kommt, wie die zahlreichen Anknüpfungspunkte mit dem allgemeinen Strafgesetze.



Bezogene Vorschriften.

Jahr	Vorschrift	R. G. Bl. Nr.	Bdg. Bl. Nr.	Seite
1835	Zoll- und Staatsmonopolordnung			5 u. ff.
1853	Unterricht			5 u. ff.
	Vorschrift 7/6	104		13, 24, 32, 34, 35, 43, 46
	F. M. G. 27/7, 3. 448			20
	" " " 18/8, 3. 374			24
	Vorschrift 17/9	183		23
1857	" 18/9	175	45	13, 18, 35
1862	Bdg. 15/1	6	4	13, 40
	" 21/8		37	21
1866	Gesetz 26/5	75	27	45
1873	F. M. Bdg. 25/10		38	14
1874	Wirksamkeits 29/5, 3. 1181			55
	M. Bdg. 25/10	134	33	13, 17, 34, 38, 52
1879	" 14/6		36	52
	Gesetz 20/12	136—140	52	10
1881	M. Bdg. 4/1		3	40
	F. M. Bdg. 27/10	127	52	45
1882	Zolltarifgesetz 25/5	47	16	11, 37, 39, 46
	Durchführungs-Bdg. hierzu 25/5	49	17	u. ff. 11, 39, 46, 51 u. ff.
	Gesetz 26/5	55	22	45
1884	F. M. G. 31/1, 3. 3109			29
	M. Bdg. 12/6		23	40
	F. M. G. 3/8, 3. 19.765			20
1886	" 6/8, 3. 40.884			20
1887	Gesetz 21/5	48	15	10
	" 21/5	52	16	11
	F. M. Kundm. 21/5	55	18	11
	M. G. 21/5	56—60	18	11, 28, 51
1888	Gesetz 20/6	95	22	44
	" 20/6	97	23	44
1889	" 28/4	64		30
1890	" 26/6	132	36	36, 43
1891	F. M. G. 12/4		12	40
	" 1/5, 3. 14.304			20
	Gesetz 23/6	76	19	13, 31

Jahr	Vorschrift	R. G. Bl. Nr.	Bdg. Bl. Nr.	Seite
1891	Gesetz 23/6	77	19	13
	M. Bdg. 23/6	78	19	13
1892	Handelsverträge			12
	M. Bdg. 12/5	77	26	41
	Ö. M. G. 26/11		63	35
1893	" " 31/1, 3. 28.846			29
	M. Bdg. 22/3	64	22	13, 34
1897	Ö. M. G. 12/9, 3. 45.461			29, 40
1899	Kais. Bdg. 17/7	120	135	44, 45
	M. G. 20/7	125	141	39
	Ö. M. G. 20/7	128	144	10
	Vollz. Vorschr. 21/7	129	148	44
	" " 21/7	130	149	44
	Kais. Bdg. 21/9	176	184	10
	Ö. M. G. 21/9, 3. 40.948			53
	" " 30/12	270	263	10
1900	M. Bdg. 22/12	14/01	23	12, 51
	" " 28/12		189	36
1901	Gesetz 8/7	86	104	44
1902	Ö. M. G. 14/9, 3. 3749			55
	" " 22/9, 3. 33.536			29, 55
	Vertrag 5/3 1902	25/03	26	44
1903	Gesetz 31/1	26	27	44
	Ö. M. G. 7/2, 3. 6164			29, 55
	Vollz. Vorschr. 9/7	143	101	45
	" " 11/8	167	122	45
	Min. Bdg. 20/8	168	125	41
	Vollz. Vorschr. 29/8	176	131	44
1904	" " 20/8	93	123	44
	Min. Bdg. 13/10		153	39

Wanzsche k. u. k. Hof-Verlags- u. Universitäts-Buchhandlung
Wien, I., Kohlmarkt 20.

Leitfaden des österreichischen Gebührenrechtes.

Von

Dr. Rudolf Roschnik,
f. f. Finanzsekretär in Laibach.

Zweite, verbesserte Auflage.

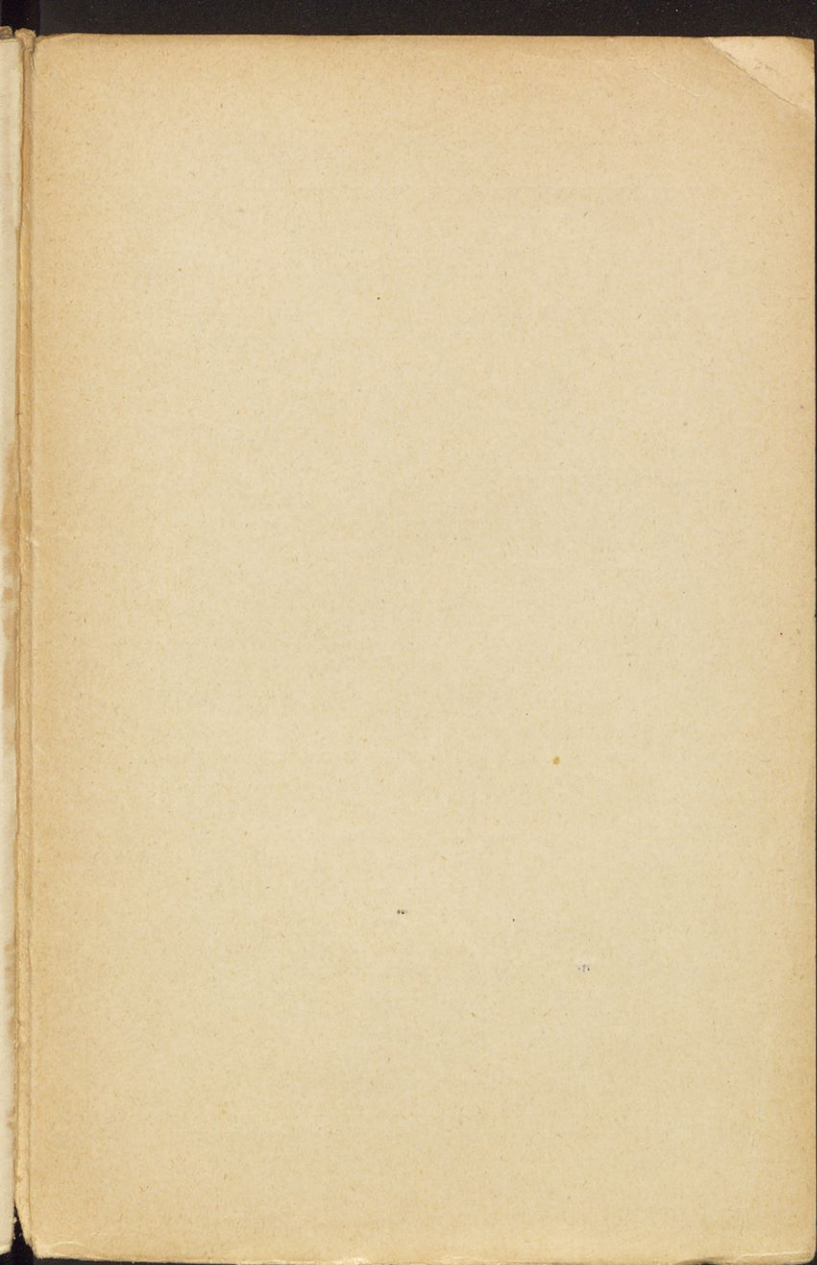
Groß 8°. 1904. (VIII, 181 S.) Preis K 3.60, kart. K 3.90.

Um die Brauchbarkeit des Leitfadens als Lehrbehelf zu erhöhen, wurde derselbe durch eine kurze Darstellung des Gebührenäquivalentes, der Taxen, des Spielkartenstempels und der Effektenumsatzsteuer ergänzt, umfaßt also nunmehr das gesamte Gebührenwesen. Zugleich wurde das Buch auf den neuesten Stand der Gesetzgebung ergänzt und mehrfach verbessert.

NARODNA IN UNIVERZITETNA
KNJIŽNICA



00000519504



Verlag der Manz'schen k. u. k. Hof-Verlags- u. Universitäts-Buchhandlung
in Wien, I., Kohlmarkt 20.

Die österreichisch-ungarischen Zollgesetze.

Dargestellt auf Grundlage der Zoll- und Staatsmonopolordnung und der gegenwärtig in Kraft stehenden Zoll-, Manipulations- und Verrechnungsvorschriften.

Von **Ignaz Schillerwein.**

3., vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. 1900. (912 S.) K 12.—, geb. 14.—.

Instruktion über die Zollbehandlung von Maschinen und Apparaten.

Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 21. Mai 1887,
Z. 2447 F. M. (B. Bl. ex 1887).

Mit Berücksichtigung der durch nachträgliche Ministerialverordnungen bedingten Abänderungen und Ergänzungen, nebst einem alphabetischen Sachregister, nach dem Stande vom Ende Jänner 1899.

Erweitert durch einschlägige, von den Ministerien der Finanzen und des Handels nach Anhörung des Zollbeirates getroffene Zolltarifentscheidungen und andere auf diese Instruktion Bezug nehmende Ministerialverordnungen.

Von **Leopold Töfler**

Rechnungsbeamter im k. k. Finanzministerium.

8. 1899. (71 S.) K 1.—.

Das österreichische Zollstrafrecht.

An der Hand des Strafgesetzes über Gefälschübertretungen und der einschlägigen Vorschriften zusammengestellt. Nebst Einleitung und Anhang.

Von **Dr. Franz Wolf**

k. k. Finanzkonzipist.

8. 1902. (128 S.) K 1.60, kart. K 2.—.

Buchdruckerei der Manz'schen k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung in Wien